

ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 3-2016



OFFENE FRAGE

THEMA ROT-ROT-GRÜN AUCH IM BUND? WIE REALISTISCH DIE AUSSICHTEN FÜR EIN MITTE-LINKS-BÜNDNIS GEGENWÄRTIG SIND

BLICKPUNKT ALGORITHMEN, APPS UND DIGITALE NETZE

ANALYSE DIE FOLGEN VON BREXIT UND RUSSLAND-WAHL

NACHRICHTEN KRITISCHE FORSCHUNG IN UMBRUCHSZEITEN

LESESWERT BUCH ÜBER LINKES LERNEN ERSCIENEN

Was verleiht linker Politik Auftrieb?
Welche Spielräume gibt es für Ver-
änderung? Mehr zu einer möglichen
rot-rot-grünen Zusammenarbeit
im Thema ab Seite 14. Foto: picture
alliance/dpa/Roland Weihrauch

EDITORIAL 3

BLICKPUNKT

Algorithmen im Alltag: Vorhergesagte Kriminalität	4
Interview: Apps als Werkzeuge der Emanzipation	5
Digitalisierte Dörfer und das Eigentum an Netz-Infrastruktur	6
Europäische Abschottung: Flüchtlingsabwehr auch mit Ägypten	8
Blick von Innen: Filmreihe zu Flucht und Migration	8
Sozialökologischer Umbau: Genug für alle	10
Sozial umsteuern: Modelle der Dekarbonisierung	12
Chancen im Maghreb: Die Klimakonferenz in Marrakesch	13

THEMA «OFFENE FRAGE»

Tom Stroschneider über fehlende Wechselstimmung für R2G	14
Michael Brie zu Spielräumen linker Regierungsbeteiligung	17
Interview: Rubén Cárdenas zum Wahlrecht für EinwanderInnen	18
Erhard Crome/Lutz Brangsch über rot-rot-grüne Schnittmengen	19
Halina Wawzyniak/Aleksandra Kulesza zu direkter Demokratie	20
David Klässig/Anja Lenkeit über Barcelonas Bewegungskultur	21

ANALYSE

Brexit – über kapitale Gegensätze in der britischen Gesellschaft	23
Uneiniges Russland: Kein Interesse an jüngsten Wahlen	24
Wie Israel einst von der sozialistischen Utopie träumte	27
Vier historische Wendepunkte feiern bald ihr Jubiläum	28
Ungeklärte Verantwortung: Die Foltersekte «Colonia Dignidad»	29
Extrem wirkmächtig: Genderschablonen in der Medienwelt	30

NACHRICHTEN

Kritische Gesellschaftsforschung in bewegten Zeiten	31
Neues Format: «Der Campus für weltverändernde Praxis»	32
Häfen als neoliberale Marktplätze der globalisierten Warenkette	33
Reihe zum 80. Jahrestag des Spanischen Bürgerkriegs	35
Initiative dankt jungen Menschen für Einsatz gegen Neonazis	35
Fotoband zeigt Folgen von Olympia in Rio de Janeiros Favelas	36
Zum Abschied: RosaLux war «Panorama» der Stiftungsarbeit	37

LESESWERT

Marcus Havel/Stefan Kalrming: Wie lernt das linke Mosaik?	38
---	----

IMPRESSUM 39



Florian Weis

Dagmar Enkelmann

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

das Jahr 2017 wird Linke wie andere DemokratInnen vor die größten politischen Herausforderungen seit Langem stellen. Von einem rauen Klima für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit zu sprechen erscheint fast verharmlosend. In den USA übernimmt unter Präsident Trump die äußere politische Rechte mit einem reaktionären Programm die Macht: nationalistisch mit rassistischen Zügen, ökonomisch aufseiten der obersten Schichten und des heimischen Banken- und Industriekapitals, sozialpolitisch zum roll back entschlossen. Zudem gegen viele Frauen, EinwanderInnen und Muslime, gegen freie Medien, Klimaschutz und erneuerbare Energien. Nach den Provokationen gegenüber China ist auch außenpolitisch kaum mit Entspannung zu rechnen.

Über Europa ziehen ebenfalls dunkle Wolken auf. Die seit Jahren schwelende Krise der EU hat sich verschärft und ist zur größten der über sechzigjährigen Geschichte des europäischen Einigungsprozesses geworden. Großbritannien will den «Brexit» schnell durchziehen, in Frankreich stehen die Zeichen – wie in den USA – auf zunehmenden Nationalismus, Abschottung und Rassismus. Die Kandidatin des rechtsextremen Front National, Le Pen, gilt als aussichtsreiche Präsidentschaftsbewerberin. In Deutschland muss vom Einzug der AfD in den Bundestag ausgegangen werden, womit die politisch-kulturelle Spaltung sich durch einen deutlich stärker werdenden weit rechts stehenden politischen Flügel vertiefen dürfte. Denn auch Teile der Union könnten wieder «deutschtümeler» auftreten, wie LINKEN-Fraktionsvize und Stiftungs-Vorstandsmitglied Jan Korte dies nennt.

Angesichts dieser Ausgangslage ist es unausweichlich, ja notwendig, sich mit der Frage eines tiefgreifenden politischen Richtungswechsels im Bund zu befassen und damit auch mit der möglichen Rolle einer Partei wie DIE LINKE in einem dafür erforderlichen Re-

formbündnis. Sicher: Der Streit darüber, ob sich linke, den Ideen der ArbeiterInnenbewegung verpflichtete Parteien in bürgerlichen Demokratien direkt an einer Regierung beteiligen, sie sogar führen oder zumindest tolerieren sollen – er ist fast so alt wie die politische und parlamentarische Linke selbst. Die Auseinandersetzungen haben immer wieder zu schweren Zerwürfnissen geführt sowie zu organisatorischen Häutungen und Spaltungen. Das Ringen um die richtige Position, Stichwort: «Reform oder Revolution», ist in gewisser Weise sogar Motor der Entwicklung jener Kräfte, die sich als progressiv begreifen. Geht die Antwort doch stets mit programmatischen und realpolitischen Einschnitten einher. Historische Belege dafür finden sich schon vor gut 100 Jahren in Russland und Deutschland. Jüngeren Datums sind Erfahrungen in Italien bis zur Mitte der Nullerjahre, von Syriza in Griechenland und dem Fortschritt verpflichteter Regierungsparteien in Lateinamerika – aber auch der Linkspartei in mehreren deutschen Bundesländern.

Als politische Stiftung können wir Denkanstöße geben sowie Raum bieten für Diskussionen über Wahlprozesse, linke Parteistrategien und Regierungshandeln – hierzulande wie international und mit längerfristigem Blick. Dazu gehört, den Klassencharakter des temporären Kapitalismus herauszuarbeiten und mit klassischen Themen wie Antifaschismus, Antirassismus und sozialer Gleichheit ebenso zu verbinden wie mit Fragen von Klimagerechtigkeit, Feminismus und individueller Freiheit. Das vorliegende Heft versucht – so wie frühere Veröffentlichungen und Veranstaltungen zum Thema auch –, diesem Anspruch gerecht zu werden. Wir wünschen Ihnen eine spannende und aufschlussreiche Lektüre.

DAGMAR ENKELMANN IST VORSTANDSVORSITZENDE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DOSSIER Bis zur Waffenruhe wurde der Krieg in Syrien ebenso unbittlich wie unübersichtlich geführt. Die gesamte Region mitsamt der jesidischen und christlich-arabischen Bevölkerungen sowie die KurdInnen im Nordirak sind davon betroffen. Seit dem Putschversuch im Juli und der Intervention in den kurdischen Gebieten Nordsyriens ist zudem deutlich, dass auch die Türkei höchst eigene Interessen verfolgt. Ein Dossier zum Thema findet sich im Internet unter

WWW.ROSALUX.DE/INDEX.PHP?ID=24278

IN EIGENER SACHE Mit dieser Ausgabe stellt die RosaLux nach gut zehn Jahren ihr Erscheinen ein. Seit 2007 widmete sich das Journal bis zu vier Mal jährlich zentralen Themen der Stiftungsarbeit, berichtete über Konferenzen, Projekte und Publikationen (Seite 37). Einige Elemente werden sich künftig in der Zeitschrift LuXemburg wiederfinden. Sie wird allen bisherigen RosaLux-AbonentInnen automatisch anstelle des Journals zugestellt.

WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE



BITS UND BYTES Der digitale Wandel durchdringt immer mehr Lebensbereiche. Algorithmen etwa versprechen den Alltag «smart» zu machen. Es gibt jedoch viele kritische Aspekte, etwa in der Polizeiarbeit. Zugleich droht die Spaltung

der Gesellschaft durch ungleichen Netzzugang und intransparente Datenverarbeitung. Die Vorteile der Digitalisierung zeigen sich dagegen bei der leichteren Vernetzung von AktivstInnen über Apps für Smartphones oder Tablet-Computer.

Der Alltag von «Predictive Policing» in einer Abteilung der US-Polizei in Los Angeles im Juni 2012. Foto: picture alliance/Associated Press/Damian Dovarganes

BERND BELINA

SCHULDIG BEI VERDACHT

«PREDICTIVE POLICING» IST DISKRIMINIEREND – UND EIN DUBIOSES GESCHÄFTSMODELL

Vorhersagen, wann und wo eine Straftat geschieht? Im Film können das Wahrsagerinnen. In der Realität versprechen neue Computerprogramme dasselbe.

Methoden des «Predictive Policing» behaupten berechnen zu können, wann und wo zukünftige Verbrechen stattfinden. Genauer formuliert berechnen sie mittels Algorithmen und auf Grundlage von Kriminalitäts- und mitunter weiteren Daten, in welchen Gebieten und zu welchen Zeiten zukünftige Kriminalität wahrscheinlicher ist. Auf dieser Basis sei es möglich, so das Versprechen, Verbrechen zu verhindern – der alte Traum der Polizei und ihrer Hilfswissenschaft, der Kriminologie, scheint endlich wahr zu werden. In der Presseberichterstattung klingt das dann so: «Stopping crime before it starts» (LA Times), «Vor dem Täter am Tatort» (NZZ) oder «Precrime wird Realität» (Tagesspiegel). «Precrime» meint die Polizeieinheit, die im Science-Fiction Spielfilm «Minority Report» Morde verhindert. Der Verweis auf diesen Film fehlt fast nie, obschon hier nicht Algorithmen Wahrscheinlichkeiten berechnen, sondern Wahrsagerinnen Visionen haben. Egal. Der Film steht in der Berichterstattung einerseits dafür, dass es funktioniert, und er ruft das Bild von hochtechnisierten (männlichen) Polizisten hervor, die im letzten Moment das Leben Unschuldiger retten. Andererseits zeichnet er eine dystopi-

sche Vision der Zukunft, in der finstere Mächte die totale Überwachung anstreben und die Vorhersagen falsch oder gefälscht sein können. Die Berichterstattung hierzulande schwankt zwischen diesen beiden Polen: Sicherheitsversprechen versus Freiheitsverlust, Techniqueuphorie versus Manipulationsängste, Zustimmung versus Ablehnung. Zu kurz kommen in dieser Sicht auf Predictive Policing zwei Aspekte, die zentral für dessen Verbreitung und für die Funktionsweise der verwendeten Software sind: das dubiose Geschäftsmodell der Anbieter und die rassistischen und klassistischen Tendenzen in der Anwendung. Gängige Kritiken richten sich vor allem auf Probleme des Datenschutzes oder darauf, dass gar nicht sicher ist, ob die Vorhersage-Techniken auch wirklich funktionieren. BefürworterInnen verweisen dann gerne auf vermeintlich positive Erfahrungen in den USA, in England sowie bei den ersten Anwendungen im deutschsprachigen Raum in Zürich, München und Nürnberg. Von dort werden Kriminalitätsrückgänge vermeldet, die in der Sprache nackter Zahlen und harter Fakten für sich zu sprechen scheinen. Doch ein genauerer Blick verdeutlicht, warum die Erfolgsmeldungen mit größter Vorsicht zu genießen sind. Erstens liegen tatsächlich keine Evaluierungen von Predictive Policing vor, die nicht von den kommerziellen Anbietern der Software

oder der sie einsetzenden Polizei durchgeführt wurden. Unabhängigkeit sieht anders aus. Das ist erstaunlich in einer Zeit, in der «Evidence Based Policing» in Form permanenter Überprüfungen und Vergleiche vermeintlich effizienter Methoden als Goldstandard guter Polizeiarbeit gilt. Stattdessen kommen die Erfolgsmeldungen aus den USA so zustande: der führende Anbieter, PredPol, gewährt Polizeien einen Rabatt, wenn diese die selektiven Ergebnisse der von PredPol selbst durchgeführten Evaluierungen in Pressemitteilungen verbreiten; die verwendeten Daten kommen von der Polizei, die Algorithmen gibt PredPol nicht heraus. Ein privatwirtschaftlich-staatlicher Interessensverbund auf Kosten knapper Kassen.

Zweitens, und sehr grundsätzlich, entstammen die verwendeten Daten immer der polizeilichen Kriminalstatistik. In dieser werden Anzeigen gezählt, die entweder aus der Bevölkerung oder durch Kontrollen der Polizei selbst zustande kommen. Was aufgenommen wird und wie das angezeigte Delikt klassifiziert wird, entscheidet die Polizei. Vor Gericht – sollte es soweit kommen – werden dann häufig andere Klassifizierungen vorgenommen, aus einem versuchten Mordanschlag kann dann etwa eine einfache Körperverletzung werden. Das Zustandekommen der Kriminalstatistik öffnet nicht nur Ungenauigkeiten, sondern auch bewussten Einflussnahmen Tür und Tor. Ist etwa die Personaldecke der Polizei dünn, nimmt sie weniger Anzeigen auf. Soll die Gewaltkriminalität steigen (etwa um einer Law-and-Order-Partei Argumente zu liefern), wird jeder Disput als Körperverletzung aufgenommen. Soll die Straßenkriminalität sinken (etwa um Erfolge vermelden zu können), werden Anzeigen von Fahrraddiebstählen abgewimmelt («Das finden wir ohnehin nicht, und von der Versicherung kriegen sie auch nichts ...»). Die Daten, die über Erfolg oder Misserfolg von Predictive Policing Auskunft geben sollen, sind von so vielen Einflussfaktoren abhängig, dass Rückgänge oder Anstiege der «Kriminalitätsbelastung» unmöglich allein auf die neue Technologie zurückgeführt werden können.

Das Zustandekommen der Daten führt zu weiteren Problemen. Was alle PolizistInnen wissen, dass die Kriminalitätsdaten nämlich das Ergebnis ihrer eigenen Arbeit sind, gerät durch die Algorithmisierung und durch die Darstellung der Ergebnisse in Form von Karten in Vergessenheit. Die Vorhersage der Software erscheint als objektiv, als verlässlich, als rein technische Aussage, die ohne menschliches Zutun und frei von Ungenauigkeiten, Einflussnahmen und Interessen zustande gekommen ist. Wenn wir hinzunehmen, dass schwarze, muslimische und arme Menschen deutlich wahrscheinlicher von der Polizei kontrolliert und angezeigt werden, dann birgt Predictive Policing das Potential, diese Rassismen und Klassismen zu verstärken. Wenn in den Daten bestimmte Gruppen überrepräsentiert sind, dann werden die Berechnungen die Polizei genau dorthin führen, wo eben diese Gruppen präsent sind; dann geraten schwarze, muslimische und arme Menschen erneut ins Visier, und zwar, weil die Software das so nahelegt. Die neue Technologie steht damit allen Versuchen entgegen, diskriminierende Praktiken der Polizei durch Trainings, diversifizierte Einstellungspolitik oder neue Regelungen abzubauen. Predictive Policing geht also nicht nur mit einem dubiosen Geschäftsmodell sich selbst evaluierender Anbieter einher, ihm sind zudem rassistische und klassistische Tendenzen inhärent.

 WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42538
HALSHS.ARCHIVES-OUVERTES.FR/HALSHS-01245026/DOCUMENT

BERND BELINA IST PROFESSOR AM INSTITUT FÜR HUMANGEOGRAPHIE
DER GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN

«WERKZEUGE DER EMANZIPATION»

SOFTWARE-ENTWICKLER KITHINJI ÜBER
EINE APP FÜR AKTIVISTINNEN IN AFRIKA

Roy Kithinji von der Organisation Fahamu hat bereits mehrere Online-Plattformen zu sozialer Gerechtigkeit in Afrika entwickelt. Ein weiteres Projekt ist der Relaunch der Nachrichtenseite «Pambazuka News» (www.pambazuka.org).

Warum entschloss sich Fahamu zur Entwicklung der App?

Kithinji: Fahamu versteht sich als Plattform und Netzwerk für soziale Bewegungen, mit dem Ziel ihre Mobilisierungs- und Organisierungsfähigkeiten auszubauen. In allen Bereichen des täglichen Lebens laufen Kämpfe für soziale Gerechtigkeit. Unterkunft, sauberes Wasser, Ernährung und Sicherheit sind grundlegende Menschenrechte, aber viele Regierungen in Afrika schaffen nicht die Bedingungen, dass ihre BürgerInnen Zugang zu diesen haben. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Afrika sind Jugendliche mit einer großen Affinität zum Internet, sie sind über ihre Mobiltelefone gut vernetzt. Apps wie Mpesa, eine mobile App für Geldüberweisungen in Kenia, werden weltweit immer populärer. Fahamu hat sich entschlossen, Apps auf Mobiltelefonen als Teil der Kommunikationsstrategie zu nutzen, als Weg um Millionen von Jugendlichen zu erreichen, die am stärksten von Armut und sozialer Ungerechtigkeit in Afrika betroffen sind.

Was sind die Haupthindernisse bei der Umsetzung?

Kithinji: Es ist nicht einfach, die verschiedenen Fähigkeiten zusammenzubringen, um eine solche App zu entwickeln. Es ist leicht Entwickler zu finden, um eine mobile App zu entwickeln. Aber unser Wunsch nach zusätzlichen hybriden Features und Verknüpfung zu unserer Nachrichtenplattform Pambazuka News Plattform überforderte viele Entwickler. Wir müssen das Potential der lokalen Entwickler in Kenia stärken, um umfangreiche, anspruchsvolle und mobile Applikationen zu entwickeln. Ein anderer Aspekt sind die finanziellen Ressourcen. Den richtigen Entwickler zu beauftragen ist ein teures Unterfangen. Daneben sind Smartphones und Internetkosten für viele Menschen in Afrika weiterhin eine ökonomische Belastung.

Was sind eure Erwartungen?

Kithinji: Effektivere Kampagnen und eine bessere Organisation unserer Verbündeten. Mit Hilfe der App gehen wir einen weiteren Schritt zu einem pragmatischen und praktischen *call to action*. Zum Beispiel werden wir Möglichkeiten für Freiwillige schaffen und mehr Mentoren für AktivistInnen rekrutieren. Wir können mehr politisches Engagement für Proteste und innerhalb von sozialen Bewegungen fördern, insbesondere von Jugendlichen. Und wir können AktivistInnen zusätzliche Unterstützung bieten, etwa Mobilisierungs-Toolkits, Warnungen und Ankündigungen kommender Aktivitäten.

FRAGEN: ANDREAS BOHNE



Roy Kithinji



Ein Freifunk-Router schickt WLAN von einer Garage zu einer Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Volksfestplatz in Lübeck. Foto: Lukas Ruge/Flickr (CC BY 2.0)

STEFAN ENKE

DIGITALISIERTE DÖRFER

FÜR KOMMUNEN IST DAS EIGENTUM AN DER NETZ-INFRASTRUKTUR ENTSCHEIDEND

EDV-Systeme haben schon vor einer Weile Einzug gehalten in die Verwaltungsarbeit der Kommunen. Damit sie Nutzen bringen, sind freier Internet-Zugang und offene Standards nötig.

Eine allgemeine Umstellung der Verwaltungsprozesse auf die elektronische Akte steckt dennoch in den Kinderschuhen. Gesetzliche Regelungen auf Bundes- und Europaebene forcieren diesen Übergang zum Digitalen. Doch gerade kleine Kommunen haben hier Probleme mit der entsprechenden Umsetzung. Sie werden von den Anforderungen eines modernen E-Governments überfordert. Nicht selten fehlen die finanziellen Voraussetzungen, Fachkräfte zu binden. Dabei geht es um ganz unterschiedliche Bereiche: Vom allgemeinen Internetauftritt einer Kommune bis hin zum Ratsinformationssystem, das Informationen zu den Vorgängen der kommunalen Parlamente und Räte bieten soll. Einheitliche Standards gibt es derzeit nicht. Bisher ersetzt Software höchstens einzelne Schritte in der Verwaltungsarbeit. Auf längere Sicht aber könnten typische kommunale Dienstleistungen gegenüber den BürgerInnen in erheblichem Umfang ganz per Software übernommen werden. An- und Ummeldungen, das Ausstellen von Dokumenten und das Einreichen von Formularen sind in vielen Fällen bereits heute komplett digital machbar. Die digitale Interaktion mit der Verwaltung setzt vor-

aus, dass EinwohnerInnen auf die digitalen Möglichkeiten Zugriff haben. Ein ausreichend schneller Internetzugang zu erschwinglichen Preisen gehört inzwischen zu einem wichtigen Baustein der kommunalen Daseinsvorsorge. Wachsende Datenmengen stellen aber auch wachsende Anforderungen an die zu Grunde liegende kabelgebundene Infrastruktur. Viele Kommunen haben die Wichtigkeit von schnellen Internetzugängen erkannt. Es zeigt sich aber nach wie vor ein starkes Gefälle in der Breitbandversorgung von großstädtischen hin zu ländlichen Kommunen. Die Mechanismen des Marktes in Deutschland erzeugen und vertiefen eine digitale Spaltung der Gesellschaft. Zunehmend erkennen die Städte und Gemeinden, dass sie den Ausbau der Infrastruktur selbst vorantreiben und unterstützen müssen.

Bereits heute bemühen sich einige Städte und Gemeinden darum, öffentliche Zugänge zum Internet zu bieten. Offenes WLAN kann dabei auch einen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Nutzen für die Kommune erbringen. Doch die Gestaltung in den einzelnen Kommunen ist sehr unterschiedlich. Nicht selten werden Anbieter damit beauftragt, kommerzielle Hotspots einzurichten. Solche Hotspots sind keine offenen Netze. Oftmals gibt es Zeitbegrenzungen, vorgeschaltete Anmeldeseiten oder Datensammlungen

anderer Art durch die anbietenden Unternehmen. Offene Netze bieten dagegen Freifunk-Initiativen, die auf der freiwilligen Mitarbeit der BürgerInnen vor Ort aufbauen und eine Infrastruktur für Datennetze bieten, an der sich potenziell alle beteiligen können. Ein koordiniertes Zusammenspiel von Freifunk-Initiativen und kommunalen Verwaltungen gibt es nur selten und erweist sich durch Verwaltungshürden und divergierende Vorstellungen als schwierig.

Die Digitalisierung eröffnet Möglichkeiten zu größerer Transparenz. In den Verwaltungen anfallende Daten und Informationen, aber auch Verwaltungsvorgänge selbst, die ohnehin digital bearbeitet werden, lassen sich der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Eine umfassende Informiertheit bildet eine wichtige Voraussetzung für demokratische Entscheidungsprozesse: Nur wenn BürgerInnen Zugang zu relevanten Daten und Informationen haben, ist es ihnen möglich, politische Entscheidungen zu kontrollieren, zu hinterfragen, zwischen Alternativen zu entscheiden und eigene Vorschläge zu entwickeln. Bestehende Projekte ambitionierter Kommunen zeigen, dass und wie der OpenGovernment- und OpenData-Gedanke auch auf kommunaler Ebene zum Tragen kommen kann. Jedoch schrecken viele kommunale Verwaltungen davor zu-

rück, Daten zur Verfügung zu stellen. Hier bedarf es oft eines Mentalitätswandels. Zwar bringen die Informationsfreiheitsgesetze, die einige Bundesländer erlassen haben, eine Verbesserung. Transparenzgesetze sind ein weiterer Schritt in dieser Richtung, beziehen aber nicht überall die kommunale Ebene mit ein. Aus dem Blick gerät schnell, dass digitale Kommunikation auch den Rückkanal vereinfacht: Beschwerden, Probleme, Ideen und Verbesserungsvorschläge können leichter, schneller und gezielter von BürgerInnen an EntscheidungsträgerInnen und Verwaltung geleitet und dort unmittelbar verwertet werden.

In naher Zukunft werden Daten zunehmend in der Kommune selbst erzeugt und müssen entsprechend transportiert und verarbeitet werden. In Echtzeit können Mess- und Steuerungseinrichtungen Verkehrs- und Besucherströme im öffentlichen Raum organisieren helfen. Sensoren – im weitesten Sinne – in und an Straßen, Tunneln, Brücken, dem öffentlichen Personennahverkehr, Wetterstationen und ähnlichen Einrichtungen senden zukünftig Unmengen an Daten, die helfen können, das Leben in der Kommune angenehmer zu machen. Mit ihnen lassen sich beispielsweise Staus verhindern, Unglücke und Havarien schneller beheben, Ressourcen sinnvoller und spar-

samer einsetzen, kulturelle Events interaktiv und inklusiv gestalten und vieles mehr. Digitale Infrastruktur in der Kommune meint deshalb nicht allein die zur unmittelbaren Daseinsvorsorge zählende Ausstattung der Menschen mit schnellem Internetzugang. Sie umfasst die Gesamtheit aller Erfassungs-, Steuerungs-, Regelungs- und Optimierungseinrichtungen und die damit verbundenen Software- und Hardwarelösungen. Im besten Fall sind diese jeweils quelloffen (OpenSource), so dass Menschen deren Funktionsweise und Sicherheit nachvollziehen können. Nur so ist eine demokratische Kontrolle möglich.

Damit sind die linken Handlungsoptionen im Prinzip umrissen. Auch bei der Digitalisierung in der Kommune ist die Frage des Eigentums an Infrastruktur entscheidend. Wo nicht die Infrastruktur selbst in kommunale Hand gelegt werden kann, dort sind offene Standards zu fordern und zu fördern. Technische Schnittstellen für die Beteiligung der BürgerInnen sollten vielfältig geschaffen werden, wofür offene Standards und Quelldaten unerlässlich sind.

 WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/40846
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42414

STEFAN ENKE IST MITARBEITER IM JUGEND- UND WAHLKREISBÜRO HASKALA DER THÜRINGISCHEN LANDTAGSABGEORDNETEN KATHARINA KÖNIG

KONFERENZ UND KRITISCHES LEXIKON

VERANSTALTUNGEN Ob in Stadt oder Schule, am Arbeitsplatz oder im Haushalt: Der Einsatz von Algorithmen verändert die Spielregeln politischen Denkens und Handelns. Dem Thema widmete sich die Konferenz «Unboxing – Algorithmen, Daten und Demokratie» am 3. Dezember in Berlin. Netz-Aktivist*innen diskutierten dabei mit politisch Aktiven und kritischen Wissenschaftler*innen über Herrschaft, Kontrolle und Kapitalismus. Bereits im November stellte der Autor Kai Schlieter in Leipzig, Hamburg und Hannover sein Buch über künstliche Intelligenz vor. Am 8. Dezember sprach der Experte Moritz Tremmel in Lüneburg über Datenschutz bei Facebook.

 WWW.ROSALUX.DE/EVENT/56358
WWW.ROSALUX.DE/EVENT/56594

WEBDOSSIER Nicht mehr als bunte PR-Blasen sind viele Begriffe der neuen technischen Welt. Unternehmen reklamieren etwa die «Sharing Economy» für sich, obwohl die Dienstleistungen längst kapitalistischen Marktmechanismen unterliegen. Das «Kritische Lexikon der Digitalisierung» listet Wörter wie «Open Data» oder «Nudging» auf und entlarvt ihre streckenweise ideologische Aufladung.

 WWW.ROSALUX.DE/NEWS/42560
WWW.NEUES-DEUTSCHLAND.DE/

STANDPUNKT Unter dem Titel «Wie smart kann die Stadt für alle sein» geht es um die Entwicklung des Urbanen. Statt effizienter und inklusiver Städte gibt es bisher vor allem technizistische und einseitig ökonomische Entwicklungen – höchste Zeit also für linke Aneignungen.

WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42414

SELBER TUN

PUBLIKATION Massenüberwachung und Computersabotage sind auch in Deutschland an der Tagesordnung. Wie lässt sich das Internet als Freiraum zurückerobern? Antworten gibt das Argumente-Heft «Offenes Geheimnis». Es setzt sich mit der allgegenwärtigen Überwachung auseinander und zeigt Wege zur digitalen Selbstverteidigung.



Susanne Lang
**OFFENES
GEHEIMNIS**
MYTHEN UND FAKTEN
ZU ÜBERWACHUNG
UND DIGITALER
SELBSTVERTEIDIGUNG
«luxemburg argumente»
Nr. 10, 40 S., Aug. 2016

Download unter
[www.rosalux.de/
publication/
42538](http://www.rosalux.de/publication/42538)



FLUCHT Das europäische Grenzregime verschiebt sich weiter gen Süden: Die EU kooperiert verstärkt mit nordafrikanischen Ländern, allen voran mit Ägypten. Trotz der immer fataleren Menschenrechtslage übt das Land eine Schlüssel-

rolle bei der Migrationsbekämpfung aus. Der Weg nach Europa wird damit wohl noch riskanter und bedrohlicher. Welche individuellen Erfahrungen Geflüchtete und MigrantInnen machen – das thematisierte eine Filmreihe der Stiftung.

Von einem gekenterten Boot gerettete Geflüchtete im ägyptischen Al-Beheira im September 2016. Foto: Mohamed Abd El Ghany/Reuters

SALIM ASKAR

VOR VERSCHLOSSENER TÜR

EUROPA SCHOTTET SICH WEITER AB – AUCH ÄGYPTEN SOLL MIGRANTINNEN AUFHALTEN

Die Menschenrechtslage in Ägypten ist schlimmer als vor den Aufständen im Jahr 2011. Hunderte verschwinden jährlich in Geheimgefängnissen.

Die deutsche Regierung interessiert das wenig – Ägypten soll ein neuer Partner bei der Eindämmung von Migration sein. Im Juli veröffentlichte Amnesty International (AI) einen Bericht über die systematische Praxis des «Verschwindenlassens» durch die ägyptischen Sicherheitskräfte. Diese verhaften vermeintliche AktivistInnen ohne Angehörige über Festnahme und Aufenthaltsort zu informieren. Mehrere hundert Personen verschwinden jährlich und werden häufig über Monate festgehalten und gefoltert. Genau einen Tag vor Erscheinen der AI-Publikation verkündete der ägyptische Innenminister Mohammed Abdel-Ghaffar einen außenpolitischen Erfolg. Bei seinem Besuch in Berlin hatte er ein neues Abkommen zur polizeilichen Sicherheitskooperation mit seinem deutschen Amtskollegen Thomas de Maizière unterzeichnet. Neben engerer Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Korruption und Terrorismus geht es darin um Migration und ihre Eindämmung.

Denn Ägypten gilt seit kurzem als das neue Tor nach Europa, wie die Journalisten Tom Rollins und Mohamed Al-Kashef in einer ägyptischen

Online-Zeitung im August schrieben. Dafür sei zum einem der europäische Flüchtlingsdeal mit der Türkei verantwortlich, der den Weg über die Ägäis nahezu unmöglich mache. Zum anderen sei der anhaltende Konflikt in Libyen und die Präsenz des Islamischen Staates in vielen Küstengebieten vor allem für christliche MigrantInnen aus Eritrea ein zusätzliches Risiko auf der ohnehin gefährlichen Reise.

Doch in Ägypten wollen die wenigsten bleiben, wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen berichtet. Die wirtschaftliche Situation bietet keine Perspektive für sie. Jedoch ist das Land mehr als nur Transitland: Auch ÄgypterInnen verlassen nach Daten des International Office for Migration in zuvor unbekanntem Ausmaß das Land in Richtung Europa. Über 66 Prozent von ihnen waren 2015 unbegleitete Minderjährige. Die Gründe dafür sind die anhaltende Wirtschaftskrise, eines der weltweit schlechtesten Bildungssysteme und die vermeintlichen Erfolgsgeschichten derjenigen, die es nach Europa geschafft haben.

Die deutsche Haltung gegenüber Ägypten war in der Vergangenheit wechselhaft. So fiel die schwarz-gelbe Bundesregierung während der Proteste auf dem Tahrir-Platz 2011 durch große Zurückhaltung

FRANZISKA ALBRECHT

BLICK VON INNEN

IN EINER FILMREIHE KOMMEN MIGRANTINNEN UND GEFLÜCHTETE ZU WORT

«Flüchtlingskrise», «Flüchtlingsstrom», «Flüchtlingsflut» – solche Begriffe bestimmen seit letztem Jahr die öffentliche Wahrnehmung. Es sind Synonyme für Naturkatastrophen, die geflüchteten Menschen ihre Individualität versagen.

Geflüchtete werden demnach nicht als Menschen mit eigenen Schicksalen, Bedürfnissen, Gefühlen und Entscheidungen wahrgenommen. Sie werden dargestellt als eine Gefahr, vor der man sich schützen muss. Das «Volk» ist bedroht von der «Flut» oder läuft Gefahr, vom «Strom» überrollt zu werden. Diese Begriffe erzeugen eine starre Zweiteilung zwischen «wir» und «sie». In diesem Diskurs ist kein Platz für Solidarität und Gemeinschaftssinn, für die Menschen hinter den Nachrichten.

Wie aber geht es den Geflüchteten, wie denken sie über ihre Situation, was haben sie hinter sich und was sind ihre täglichen Sorgen und Ängste, ihre Träume und ihre Zukunftsaussichten? Woher und warum haben sie sich auf den Weg gemacht?

Diese Fragen werden in den Massenmedien selten gestellt. Was Nachrichten nicht leisten, können jedoch Geschichten vermitteln. Die Filmreihe «Inner views of migration» möchte die Geschichten von Menschen auf der Flucht und in der Migration individuell erlebbar machen. Der Begriff Migration wird dabei weit gefasst: als Grenzüberschreitung, als besondere Lebensleistung, als Indikator globaler Politik, als Quelle extremer Erfahrung oder politisch-kultureller Kompetenz. Gleichzeitig geht es um kritische Betrachtung von Fluchtursachen, um Bilder jenseits von Klischees. Die verborgenen inneren Perspektiven von Migration und Flucht sollen entdeckt werden.

Die Filmreihe «Inner views of migration» begann als Begleitprogramm in Zusammenarbeit mit der vom Referat Afrika (Nordafrika) organisierten Ausstellung «People of the other shore». Gezeigt wurden «I can't be silent», eine Filmdokumentation von Julia Oelkers aus dem Jahr 2013 über eine außergewöhnliche Deutschland-Tournee von geflüchteten MusikerInnen, sowie «Insel 36», ein Dokumentarfilm von Asli Özarslan von 2014 über das Geflüchteten-Camp am Oranienplatz in Berlin. Im Jahr 2016 wurde die Reihe bereichsübergreifend von vier Mitarbeiterinnen der Stiftung fortgesetzt. Bisher waren vier Filme zu sehen: «I am here», «Research Refugees», «Fast ein halbes Leben», «Residenzpflicht» und «Im Schatten Europas».

Im Jahr 2016 gab es noch eine weitere Abendveranstaltung von «Inner views of migration» im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Franz-Mehring-Platz in Berlin. Und zwar am Montag, den 12. Dezember. Gezeigt wurden Ausschnitte des bisher unveröffentlichten Films «Europe's Borderlands» (2016) von Jakob Preuss, der die Flucht des Kameruners Paul Nkamani aus einer Zeltstadt vor den Zäunen der spanischen Enklave Melilla im Norden Marokkos über Spanien und Frankreich bis nach Brandenburg begleitet hat. Dem Film folgte ein Gespräch mit dem Regisseur und dem Protagonisten.

WWW.FACEBOOK.COM/EUROPESBORDERLANDS

FRANZISKA ALBRECHT IST PROJEKTMANAGERIN IM EUROPA-REFERAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

auf und vermied es, ihren alten Partner Hosni Mubarak zu kritisieren. Nach dessen Sturz und der Wahl von Mohammed Morsi zum Präsidenten im Juni 2012 blieb das Verhältnis unterkühlt. Der neue Präsident war zwar demokratisch legitimiert, doch immer noch der Kandidat der islamischen Muslimbruderschaft und wurde entsprechend misstrauisch beäugt. Zugleich wurde Ägypten ab 2011 als Transformationspartner gewürdigt und finanziell unterstützt.

Nach dem Putsch des Militärs 2013 waren die Beziehungen zum jetzigen Präsidenten Al-Sisi von vorsichtiger Zurückhaltung geprägt – steht er doch für die erneute Machtergreifung der alten Militärjunta, die bereits zu Zeiten Mubaraks ihren KritikerInnen mit brutaler Repression begegnete. Die Menschenrechtssituation im Land ist mittlerweile schlimmer als vor 2011. Die Zivilgesellschaft als Trägerin der Revolution wird stark eingeschränkt, sie wird kriminalisiert und marginalisiert. Dennoch lud die Bundesregierung Mitte 2015 den ägyptischen Präsidenten nach Berlin ein. Und seit Frühjahr 2016 gaben sich Innenminister de Maizère, Außenminister Steinmeier und Wirtschaftsminister Gabriel am Nil die Klinke in die Hand. Letzterer ließ verlauten, Al-Sisi sei ein «beeindruckender Präsident».

Diese Annäherung ist vor allem im Zuge der verstärkten Migration über das Mittelmeer und dem Khartoum-Prozesses zu verstehen, der Ende 2014 von der EU initiiert wurde. Hierbei geht es um ein gemeinsames «Migrationsmanagement» mit den Ländern Ost- und Nordafrikas. Polizei, Militär und Grenzschutz dieser Länder sollen die Migrationsbewegung bereits unter Kontrolle bringen, bevor sie die Küste erreicht. Faktisch wird damit das europäische Grenzregime nach Süden verschoben.

Doch auch die Debatte um eine neue deutsche Verantwortung in der Außenpolitik spielt eine Rolle. Mit der Rede Bundespräsident Gaucks zur Münchner Sicherheitskonferenz 2014 begonnen und von Frank-Walter Steinmeier wiederholt aufgegriffen, wurde dieser neue Ansatz im Zuge des Leitlinienprozesses des Auswärtigen Amtes auch langfristig institutionalisiert. Damit wird eine interessengeleitete Politik der Stabilität gerechtfertigt, die Deutschland durch die aktuelle Weltlage aufgezwungen worden sei.

Ägypten nimmt in beiden Prozessen eine Schlüsselrolle ein und ist sich dieser auch bewusst. Im Gegensatz zum fragmentierten Libyen stellt sich das Militär in Kairo als handlungsfähiger Partner bei der Migrationsbekämpfung dar. Und die Kooperation ist lukrativ: Obwohl die Europäische Union 2013 offiziell ein Embargo verhängt hat, liefert Deutschland Waffen- und Überwachungssysteme nach Ägypten und investiert Gelder in die Aufrüstung der Sicherheitskräfte. Im Narrativ des Auswärtigen Amtes wird das als alternativlos dargestellt, um das Sterben im Mittelmeer zu beenden. Dieses zu verhindern wird zur humanitären Legitimation gewendet, die eine verstärkte Sicherheitskooperation mit autoritären Regimen rechtfertigt. Denn gibt es keine Menschen mehr, die in Boote steigen, so die Logik, gibt es auch keine Ertrunkenen.

Eine Besserung der politischen und sozialen Situation in Ägypten und der Region ist unwahrscheinlich. So werden sich in den nächsten Jahren mehr Menschen auf den Weg nach Europa machen. Die Machthaber in Kairo dürfte das wenig stören, denn solange das europäische Grenzregime sich nicht grundlegend ändert, ist jedeR einzelne von ihnen viel Geld und internationale Anerkennung wert.



WWW.ROSALUX.DE/INDEX.PHP?ID=24642
WWW.ROSALUX.DE/VON-WEGEN-SICHER

SALIM ASKAR STUDIERT EIN SEMESTER AN DER UNIVERSITÄT KAIRO.
ER WAR PRAKTIKANT IM ASIENREFERAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



KLIMAWANDEL Versalzene Flüsse, verdorrte Landschaften, überflutete Städte und Staaten: Die globale Erwärmung wird verheerende Folgen haben und im globalen Süden insbesondere Menschen in ohnehin prekären Verhältnisse treffen.

Eine sozialökologische Transformation kann nur mit einer linken Vision gelingen, die mehr als Schadensbegrenzung verfolgt. Leitlinien für die politische Rahmung und individuelle Praxis eines Plan B sind Thema einer Konferenz im Januar.

Schicht im Schacht 12: Die umgenutzte Essener Zeche Zollverein ist ein geglücktes Beispiel von Dekarbonisierung. Foto: Malte Jordan/Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

STEFFEN KÜHNE

GENUG FÜR ALLE

LINKE UND ÖKOLOGIE – DIE ENTWICKLUNG NEUER UTOPIEN IST DRINGENDER DENN JE

In fünfzig Jahren wird sich die Welt von der heutigen so deutlich unterscheiden, dass wir es uns kaum realistisch ausmalen können. Einiges jedoch ist absehbarer als uns lieb sein kann.

Auch in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts werden sich die Menschen wohl noch in Reiche und Arme aufteilen, und die jeweiligen Privilegien werden über die individuellen Chancen auf Gesundheit, Sicherheit und Glück entscheiden. Ebenso erwartbar wird sich das Ringen um die Verteilung dieses Glück weiter verschärfen – auch weil die Zerstörung von dessen natürlichen Grundlagen unaufhörlich und zumeist unumkehrbar anhält.

Das Wissen um die Funktion von Klima- und Ökosystemen, um die verheerenden Auswirkungen der herrschenden Wirtschafts- und Konsumweise war nie größer als heute. Die Entwicklung von Alternativen ist zwar nicht einfach, doch in vielen Bereichen liegen sie bereits vor. Dass sich am fortschreitenden Raubbau an der Natur dennoch nichts Grundsätzliches ändert, werden nicht erst die oft zitierten Enkel ausbaden müssen. Die Veränderungen von Klima und Umwelt treffen bereits heute Millionen Menschen weltweit – meist jene, die am wenigsten Ressourcen verbrauchen. Die anhaltende Zerstörung ist aber nicht nur eine zutiefst soziale Frage in der

Gegenwart; sie gefährdet auch die ökologischen Grundlagen jener befreiten Gesellschaft, die nach wie vor das Ziel einer linken Politik sein muss. So erscheint es denkbar, dass künftige Generationen die gerechte Verteilung der menschlichen Reichtümer auf einem bereits arg ramponierten Planeten werden organisieren müssen. Vielleicht ist gerade dies eines Tages die Ursache des Scheitern jener anderen Welt, auf deren Möglichkeit es zu bestehen gilt.

Diese Darstellung mag übertrieben düster wirken. Sie ist deswegen leider nicht weniger realistisch. Auf der Pariser Klimakonferenz im vergangenen Dezember wurde unter Jubel das Ziel beschlossen, die Erderwärmung auf «deutlich unter zwei Grad» zu begrenzen. Doch dem stehen nationale Klimapläne gegenüber, die in ihrer Summe einen deutlich höheren Temperaturanstieg bedeuten. Selbst wenn keiner der Staaten seine Selbstverpflichtungen überschreitet, ergeben sich Szenarien, die mit hoher Wahrscheinlichkeit weite Teile der Welt nur noch eingeschränkt landwirtschaftlich nutzbar und streckenweise unbewohnbar machen werden. Die brutale Aufrüstung an den Grenzen Europas bietet einen Vorgeschmack darauf, mit welcher Verbissenheit die Wohlhabenden ihren Anteil des kleiner werdenden Kuchens und das vermeintliche Anrecht auf

Fortsetzung ihres imperialen Wohlstandsmodells verteidigen werden. Die ökologische Frage lässt sich aus dieser Perspektive nicht länger als natur-romantischer Nebenwiderspruch abtun. Sie ist zur zentralen Gerechtigkeitsfrage geworden. Programmatisch trägt DIE LINKE dieser Tatsache Rechnung, indem sie den Weg zu ihrer Vision für die Zukunft als «sozial-ökologischen Umbau» beschreibt. Die Verwirklichung von Demokratie, Frieden und sozialer Gerechtigkeit sowie die Überwindung von rassistischer und Geschlechterdiskriminierung gehen dabei mit der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht nur Hand in Hand, sie bedingen sich gegenseitig. In der politischen Praxis stellt sich die Lage bekanntermaßen etwas komplizierter dar. Ökologie ist noch nicht im Kern des linken Selbstverständnisses angekommen.

Historisch entstand die Linke entlang der Kämpfe von ArbeiterInnen um soziale und demokratische Teilhabe. Ihre Bewegungen kämpften für die Überwindung des Kapitalismus, teilten mit diesem jedoch meist ein ausgeprägtes Fortschrittsdenken und die Vorstellung einer Natur, deren Reichtümer nur geborgen und nutzbar gemacht werden müssten. Die sichtbar gewordenen planetarischen Grenzen dieses Denkens erfordern Anpassungen der Utopie und von unseren Vorstellungen davon, wie das gute Leben für alle umsetzbar wird. Dieses Umdenken benötigt Zeit. Zeit, die wir nicht haben, wenn wir die drohenden Folgen des Klimawandels kennen und ernst nehmen. Das Dilemma wird deutlich, wenn linke PolitikerInnen mit Verweis auf die soziale Frage und die Verbundenheit mit den Interessen der ArbeitnehmerInnen an der Verzögerung des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung beteiligt sind oder mit Blick auf den deutschen Autobau von der Abkehr vom Indivi-

dualverkehr nichts hören wollen. Doch es bewegt sich etwas. Die Erwartungen an linke Politik ändern sich, ökologische Themen gewinnen vor allem in städtischen Milieus und unter jungen WählerInnen spürbar an Bedeutung. Analog zu links-ökologischen Mobilisierungen geht es vielen um schnellstmögliche Dekarbonisierung, um die Schaffung möglichst rohstoffneutraler Kreislaufsysteme, eine umfassende Agrarwende oder den grundlegenden Umbau der Verkehrssysteme. Mit ihrem PLAN B, dem «roten Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau», eröffnete die Linksfraktion bereits vor einigen Jahren einen Debattenraum, der linke Diskussionen mit ökologischen Themen aus verschiedenen Politikfeldern verknüpfen sollte.

Im Sinne der Ausgangsthese des PLAN B, dass dieser Umbau nur dann gelingen könne, «wenn er durchgehend als soziales und demokratisches Erneuerungsprojekt angelegt ist», wird dieser Faden wieder aufgegriffen. Für den 27. und 28. Januar 2017 organisieren die LINKE-Bundestagsfraktion und die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Konferenz unter dem Titel «Genug für alle» in der Essener Zeche Zollverein. Im Mittelpunkt werden Fragen nach politischen Rahmenbedingungen und individuellen Praxen stehen, nach gesellschaftlichen Bündnissen und Einstiegsprojekten in einen sozial-ökologischen Umbau. Die Tagung soll Fäden zwischen Aktiven knüpfen und einen Beitrag dazu leisten, dass das linke Nachdenken über die notwendige Transformation lauter und sichtbarer wird.



WWW.PLAN-B-MITMACHEN.DE
WWW.SOZIAL-OEKO-LOGISCH.DE

STEFFEN KÜHNE IST REFERENT FÜR NACHHALTIGKEIT UND SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UMBAU IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

JÖRG STAUDE

UMSTEUERN IST SCHWER

ÖKO-ABGABEN, UMWELTBONI, PRÄMIEN – MODELLE DER DEKARBONISIERUNG

Der Ausstieg aus fossilen Energien ist eine harte Nuss für Linke. Ob Arbeitsplätze oder eine gerechte Besteuerung der Nutzung von fossilen Ressourcen – Modelle gibt es, doch bei zu hohen Ökosteuern droht ein sozialer Rückschlag.

Am Anfang war der Satz: «Man kann grün sein, ohne links zu sein, aber man kann nicht links sein, ohne grün zu sein.» Wer ihn zuerst geprägt, ausgesprochen oder aufgeschrieben hat, liegt im Dunkel linker Geistesgeschichte. Verbürgt ist, dass der ehemalige PDS-Umweltminister Mecklenburg-Vorpommerns, Wolfgang Methling, im Jahr 2004 den Gedanken in einem «Disput»-Beitrag so formulierte: «Man kann zwar für die Umwelt arbeiten und sie schützen, ohne Sozialist zu sein, aber Sozialismus ohne Umweltbewusstsein und Umweltschutz ist kein Sozialismus, wenn man sich vor Augen führt, dass Naturzerstörung, Arbeitsplatzvernichtung und sozialer Niedergang dieselbe Ursache haben: Eine Wirtschaft, die sich selbst genügt, die die Natur und die Menschen als frei verfügbare Güter betrachtet, welche sich beliebig ausbeuten, manipulieren und substituieren lassen.»

Die über zehn Jahre alten Sätze klingen weiterhin aktuell. Zum einen liegt das am wenig geänderten Grundzustand der Gesellschaft, zum anderen hat die Linke bislang kein Konzept, um die Ursachen von Natur- und sozialer Zerstörung in den Griff zu bekommen.

Methling fand übrigens schon seinerzeit, Mecklenburg-Vorpommern solle bis zum Jahr 2020 den Energiebedarf des Landes zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken. Das Ziel einer grünen Strom-Selbstversorgung hat das Bundesland seit zwei, drei Jahren erreicht. Allerdings hätte Methling sicher nicht geglaubt, dass einmal eine klimaskeptische und ökofeindliche Partei wie die AfD zweistellige Wahlergebnisse einfahren würde. Ihr nutzt auch der Glaube, der Normalstromkunde müsse die Gewinne der «Ökos» bezahlen. Gerade im Norden schossen Bürgerinitiativen gegen Windkraft wie Pilze aus dem Boden. Ein unerwarteter sozialer «Rebound» setzte ein. Mitte 2016 hat Mecklenburg-Vorpommern ein Bürgerbeteiligungsgesetz beschlossen, das Windkraftinvestoren bindend kommunale Anteilseigner vorschreibt. So versucht das Land, die sozialen Verhältnisse auf die Höhe der Klima- und Energiepolitik zu bringen. Die Zukunft der Windkraft ist einer der weniger «harten Brocken» für eine grüne Linke. Der am schwersten beiseite zu räumende Brocken jedoch ist die Dekarbonisierung des Wirtschaftssystems bis 2050. Bis dahin soll – so das globale Ziel und auch das Ziel der Bundesregierung – der größte Teil der Energie aus erneuerbaren Quellen kommen.

Welche Folgen hat das für soziale Politik? Als erstes Argument kommt meist das Thema Arbeitsplätze. Das ist im Kern lösbar.

Nach Jahrzehnten des Strukturwandels sind Instrumente von Regionalförderung, Umschulung und öffentlicher Beschäftigung vorhanden. Größte Hindernisse sind die dogmatische schwarze Null in öffentlichen Haushalten und fehlender politischer Wille, Profiteure des fossilen Energiesystems in die Pflicht zu nehmen.

Das hat wenig mit Umwelt-, und viel mit Steuer- und Subventionspolitik zu tun. Nicht wenige folgern daraus, dass es eine scharfe Trennlinie zwischen der Bewältigung der ökologischen und der sozialen Probleme gibt. Soll sich die Umweltpolitik konsequent um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen kümmern und die Sozialpolitik darum, dass die Folgen der Umweltpolitik nicht Armut und Ausgrenzung sind. Diese Trennung wirkt jedoch künstlich, wenn sich grundsätzliche Fragen der Lebensweise in Richtung Mobilität, Konsum und dem Verhältnis zum Wirtschaftswachstum stellen. Hier gilt es die Entwicklungsrichtung einer ganzen Gesellschaft und das Verhalten von Millionen Menschen zu ändern – und das unter den linken Prämissen von Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie. Es fehlt denn auch nicht an Versuchen, links und grün zusammenzubringen. So hat die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie als Gegenfinanzierung für ein bedingungsloses Grundeinkommen eine CO₂-Steuer ins Gespräch gebracht. «Ein Lebensstil, der «CO₂-Dreck» verursacht, muss teurer sein, als einer, der nicht die Vernichtung unserer Lebensgrundlagen zur Folge hat», argumentiert sie und rechnet vor: Um ein Grundeinkommen von 500 Euro pro Monat finanzieren zu können, wäre eine Preiserhöhung bei Benzin um etwa 1,20 Euro je Liter erforderlich.

Unabhängig davon, ob sich das politisch durchsetzen lässt, stellt sich die Frage, ob so ein umweltsteuergespeistes Grundeinkom-

men nicht die Fortsetzung der bekannten Konsumgesellschaft mit anderen Mitteln ist? Ein generelles Problem solcher Steuern, die wie ein Rasenmäher daherkommen, ist zudem, dass sie die individuellen Lebensumstände außer Acht lassen. Wer Pech hat und für seinen prekären Job aufs Auto angewiesen ist, dem erscheinen 1,20 Euro mehr fürs Benzin als «Bestrafung». Harte Umweltsteuern führen zu Ausweichverhalten und zu sozialem Widerstand.

Um den zu begrenzen, kann man Umweltsteuern stärker individualisieren – das Konzept des Ökobonus. Dazu wird der Energie- und Ressourcenverbrauch, der pro Kopf in einem Land üblich ist, als Maßstab genommen und nur der darüber liegende Verbrauch besteuert. Diese Einnahmen verteilt man an diejenigen unter dem Durchschnitt. Dieses Modell ist gerechter, weil es diejenigen zur Kasse bittet, die sich große Wohnungen, teure Autos und weite Flugreisen leisten. Allerdings würde ein bürokratisches Kontrollmonster erschaffen – will man jede Art von Verbrauch nachweisen.

Daher plädieren WissenschaftlerInnen bei neueren Varianten für eine pauschale Jahresprämie, wie in der Schweiz. Das Land sammelte 2015 rund 520 Millionen Franken aus einer Abgabe auf CO₂ und flüchtige organische Verbindungen ein. Pro Kopf wurden rund 57 Euro über die Krankenversicherung erstattet. So gerecht diese Einmalzahlung ist – mehr als gute Stimmung gegenüber ökologischen Maßnahmen erzeugt sie nicht. Und für massenhafte Verhaltensänderungen ist sie zu gering. Links ja, Öko? Eher nein.



WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE

WWW.KLIMARETTER.INFO/POLITIK/HINTERGRUND/21806

JÖRG STAUDE IST GESCHÄFTSFÜHRER DER LINKEN MEDIENAKADEMIE UND GEHÖRT DER REDAKTION VON KLIMARETTER.INFO AN

JULIANE SCHUMACHER

CHANCEN IM MAGHREB

BEIM COP22-GIPFEL IN MAROKKO TRAFEN SICH AUCH ÖKO-SOZIALE BEWEGUNGEN

Im Jahr 2015 schlossen 195 Länder in Paris einen Klimavertrag. Beim Klimagipfel im marokkanischen Marrakesch wurde im November diskutiert, wie die Pläne umgesetzt werden – trotz oder gerade wegen Trumps Wahl zum US-Präsidenten.

Als die Konferenz startete, wehte noch der «Geist von Paris» durch die Räume. Der Gipfel im Dezember 2015, die mit der Unterzeichnung eines neuen Klimaabkommens endete, hatte der Klimapolitik neuen Schub gegeben. Viele Jahre hatte es gedauert, bis das 1997 beschlossene Kyoto-Abkommen in Kraft treten konnte. Dieses Mal ging es schneller: Schon am 6. Oktober verkündeten die Vereinten Nationen, mehr als die nötigen 55 Länder – die zusammen für 55 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich sind – hätten das Pariser Abkommen ratifiziert. Es trat somit Anfang November in Kraft, pünktlich zum Beginn der Klimakonferenz in Marrakesch.

Die Verhandlungen dort verliefen unspektakulärer als in Paris, ihre Bedeutung war deshalb nicht geringer – im Gegenteil. Die Übereinkunft von Paris war auch deshalb möglich, weil viele Passagen des neuen Klimavertrages sehr vage gehalten sind. Viele relevante Fragen sind weiterhin offen: Was darf auf die versprochenen CO₂-Minderungen angerechnet werden? Wie ist das «Gleichgewicht» zwischen Ausstoß und Aufnahme von CO₂ zu verstehen, das 2050 erreicht werden soll? Wer finanziert wie viel der zugesagten Hilfen?

Und werden Megaprojekte des Klimaschutzes (Geo-Engineering) künftig doch erlaubt? Erst wenn diese Fragen geklärt sind, wird sich zeigen, ob der Vertrag tatsächlich den Klimaschutz voranbringt.

Nötig wäre das: Denn jenseits von Verhandlungen und Verträgen wird die Erde stetig wärmer. Wie schon die Jahre zuvor brach der August dieses Jahres alle Rekorde, auch 2016 wird aller Voraussicht nach das wärmste Jahr seit Beginn systematischer Messungen. Der Anstieg des Meeresspiegels hat sich zuletzt noch beschleunigt. So verwundert es nicht, dass die Bewegung für Klimagerechtigkeit im pazifischen Raum besonders aktiv ist – viele niedrigliegende Inselstaaten sind bei einem weiteren Anstieg nicht mehr bewohnbar.

In Nordafrika, wo jetzt der Klimagipfel ansteht, steckt die Bewegung für Klimagerechtigkeit bisher in den Kinderschuhen. Dabei gehört die Region zu denen, die laut Prognosen am stärksten von der globalen Erwärmung betroffen sind. Die Ausbreitung von Steppe und Wüste, die wegen Übernutzung und Erosion seit Jahrzehnten ein Problem darstellt, wird sich bei steigenden Temperaturen beschleunigen. In der gesamten Region stellt Wasserknappheit ein großes Problem dar – diese dürfte bei steigenden Temperaturen noch dramatischer werden. Zahlreiche Millionenstädte wie Alexandria oder Tripolis liegen direkt an der Küste und werden bei steigendem Meeresspiegel von der Überflutung bedroht. Große und fruchtbare



Tausende SomalierInnen leben – Dürre und Hungersnot entflohen – in Flüchtlingslagern entlang der äthiopischen Grenze. Foto: UN Photo/Eskinder Debebe

Flussdeltas wie das Nildelta und das Moulouya-Delta in Marokko versalzen, weil Meerwasser in die Flussmündungen drückt. Langfristig könnte dies die Landwirtschaft unmöglich machen.

Dieser Prozess geht nicht nur auf den Klimawandel zurück, sondern auch auf frühere Umwelteingriffe, etwa den Bau von Staudämmen am Nil und Entwässerung. Wie in diesem Fall gilt: Viele dieser klimabedingten Probleme sind verschränkt mit Problemen, die in der Region bereits bestehen, insbesondere die prekäre Situation der KleinbäuerInnen, und der Armut weiter Teile der Bevölkerung. In den 1990er Jahren haben fast alle Regierungen der nordafrikanischen Länder neoliberale Reformen durchgeführt, «unterstützt» durch die Weltbank oder «erzwungen» durch den Internationalen Währungsfond (IWF). Dazu gehörten radikale Umstrukturierungen der Landwirtschaft. Besonders einschneidend war die Landreform in Ägypten. Dort löste das neue Landgesetz am 1. Januar 1997 die seit Jahrzehnten bestehenden Verträge der KleinpächterInnen auf, sodass Millionen Menschen den Zugang zu dem von ihnen seit Generationen bearbeiteten Land verloren. Ähnliche Reformen fanden in Marokko, Tunesien, Algerien statt, mit dem Ziel, den Markt für Land, Lebensmittel, Wasser und Arbeit zu «liberalisieren». Gerade erst hat Ägypten angekündigt, für einen erneuten Kredit des IWF nun die Sozialsysteme zu reformieren. Die Folgen des Klimawandels treffen in Nordafrika also eine Bevölkerung, die bereits in einer sehr prekären Lage ist. Die Klimakonferenz bietet da durchaus die Chance, dass AkteurInnen zusammen kommen, die bisher an sehr unterschiedlich Themensträngen arbeiten: Die KleinbäuerInnen, denen es um Landfragen und Ressourcen geht, und die städtischen

Oberschichten, die zaghaft begonnen haben, sich für das Thema Umwelt und Klima zu interessieren. Denn Klimawandel geht beide etwas an – und in der Frage, wie die Regierungen mit der neuen Herausforderung umgehen, gibt es durchaus Spielraum.

Marokko gilt als Vorreiter in Sachen Klimaschutz, an der Küste sind zahlreiche Windparks entstanden. König Mohamed VI. hat die Energiewende ausgerufen, bis 2020 sollen 42 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen kommen. Das Land hat im Mittelmeerraum die meisten CDM-Projekte – der Clean Development Mechanismus erlaubt es Industrieländern, Projekte zur Emissionsminderung auch in Ländern des globalen Südens durchzuführen. Doch diese Entwicklungen vertieften bisher oft die Kluft zwischen den globalisierten Mittelschichten und dem Rest der Bevölkerung: Das gigantische Solarprojekt Desertec, mit dem internationale Investoren Strom nach Europa exportieren wollten, scheiterte. Jetzt baut Marokko selbst den weltgrößten Solarpark – mit Geldern internationaler Geber, aber unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung. Mitten in die Konferenz platzte die Nachricht von der Wahl Trumps zum US-Präsidenten – für Teilnehmende und die begleitende Zivilgesellschaft ein herber Schlag. Trump gilt als Gegner der Klimapolitik, hat mehrfach bestritten, dass es den Klimawandel gibt. Selbst die zaghaften Schritte, die in Marrakesch vereinbart wurden, werden in Zukunft hart verteidigt werden müssen.



WWW.ROSALUX.DE/NEWS/42411
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41693

JULIANE SCHUMACHER ARBEITET ALS FREIE JOURNALISTIN UND AUTORIN IN BERLIN



Hindernisse überwinden und die Aussichten genießen –
kann auch Rot-Rot-Grün gemeinsam aufsteigen?
Foto: Olivier Maire/picture alliance/KEystone

Mögliche Mehrheit

Ein Machtwechsel im Bund erscheint dringend nötig. Rot-Rot-Grün aber hat es nicht leicht. Eine Wechselstimmung will nicht aufkommen.

Von Tom Strohschneider



»Alle Welt schreit im Augenblick vor der Gefahr einer AfD und eines Rechtsruckes dieser Gesellschaft, und die eigentliche Gefahr ist doch, dass gegebenenfalls wirklich ein Linksbündnis in diesem Land droht.«

Man muss den CSU-Innenpolitiker Michael Frieser nicht kennen, allerdings sollte man sich diesen Satz des Bundestagsabgeordneten aus Nürnberg trotzdem ins politische Merkheft notieren. Denn darin steckt nicht nur eine beängstigende Verharmlosung der Gefahren, die von einem sich immer stärker radikalisierenden rechten Lager ausgehen. Frieser illustriert mit seiner Äußerung auch vortrefflich, wie ideologisch und von den realen Gegebenheiten abgehoben die mediale Diskussion über eine mögliche

Mehrheit links von der Großen Koalition derzeit abläuft. Der Aufstieg der Rechtsaußen-Partei AfD, die bei den jüngsten Landtagswahlen sichtbare Erosion der «Volksparteien» und die so schwieriger werdende Mehrheitsbildung haben Rot-Rot-Grün als medial-politischen Spielball in die öffentliche Debatte zurückgebracht. Über die tatsächliche Wahrscheinlichkeit einer Koalition von SPD, Linkspartei und Grünen sagt die Schlagzeile wenig. Eher zeugen diese von einer Entpolitisierung des Redens über linke Alternativen zur Großen Koalition. Das «bürgerliche Lager» findet in Rot-Rot-Grün einen Pappkameraden, mit dem sich der Untergang an die Wand malen und die Politik der «stabilisierenden Verunsicherung» weitergetrieben

werden kann – es ist vor allem für Angela Merkel ein Vorteil, wenn die Menschen Sorgen vor Veränderungen haben, für die Linken ist es verheerend. Die möglichen rot-rot-grünen Partner wiederum fahren im medialen Karussell aus gegenseitigen Vorhaltungen mit – da fordert die eine Seite ultimativ, dass eine der anderen Partei diese oder jene Bedingung erfüllt, sonst sei eine Regierungskooperation ausgeschlossen. Die so Angesprochenen antworten darauf dann mit mechanischer Präzision, dass auch umgekehrt diese oder jene unabdingbare Bedingung zu gelten habe. Die Realität liegt hinter diesen parteipolitischen Kulissen. In der SPD wird Rot-Rot-Grün vor allem als machttaktische Option verfolgt. Als Dauerjuniorpartner von Angela Merkel droht den Sozialdemokraten weiterer Niedergang. Trotz «eigener Erfolge» wie dem Mindestlohn verharret die Partei auf historisch schlechtem Umfragenniveau. Dank des «Öffnungsbeschlusses» gegenüber der Linkspartei, der Koalitionen mit dieser nicht mehr ausschließt, kann Rot-Rot-Grün aber als Unterscheidungsbotschaft zur Union in Stellung gebracht werden. (Vor den Bundestagswahlen wird auch die ewige Diskussion über eine «Ampel» in Berlin wieder aus der Versenkung geholt werden.) Zudem wirken «Kräfte der Parteiform»: Politiker rechnen sich ihre Chancen auf Mandate, persönliche Karrieren oder Ähnliches aus – und dabei spielt dann eine wichtige Rolle, ob die eigene Partei «kanzlerfähig» ist, wozu man auch erzählbare Mehrheitsoptionen braucht. Bei den Grünen haben sich die Flügel schon vor längerer Zeit auf die Parole «Eigenständigkeit» verpflichten lassen – in Wahrheit handelt es sich um einen Kompromiss, mit dem sich eine Richtungsentscheidung gerade umgehen lässt: ökologische Kraft im linken Lager oder grüne Mehrheitsbeschafferin für bürgerliche Koalitionen?

In der Linkspartei wiederum wirkt eine seit Jahren kaum veränderte Debatte über die «Regierungsfrage» auf die tagespolitischen Antworten – Koalitionsbeteiligungen werden dabei nicht zuletzt im Raster interner Konfliktlogiken diskutiert. Im Bemühen, nicht als Teil des «etablierten Politgeschäftes» zu erscheinen, überhöhen die einen gern die tatsächliche Wirkmächtigkeit von Oppositionspolitik und beschwören soziale Bewegungen in Zeiten weitgehender linker, sozialer Bewegungslosigkeit. Die anderen zögern, die realen Begrenzungen von Regierungspolitik unter den herrschenden Verhältnissen offen zu politisieren. Mit dem Aufstieg der AfD verbunden ist zudem ein für die rot-rot-grüne Diskussionen nicht ganz unwesentlicher Widerspruch: Einerseits wird Mitte-Links als Option der historischen Verantwortung in Zeiten des Rechtsrucks diskutiert, als ein womöglich letzter, nötiger demokratischer Kompromiss, der ein noch weiteres Abrutschen nach rechts verhindern soll – und zwar durch reale, vor allem sozialpolitische Maßnahmen zugunsten eines größeren Teils der Bevölkerung. Motto: Erst wenn sich für die Mitte, die Verunsicherten und die Abgehängten spürbar etwas ändert, kann das Vertrauen in Politik und damit auch linke Hoffnung auf grundlegende Veränderung wieder wachsen.

Andererseits kommt die Analyse über die Gründe des Rechtsrucks nicht an der Feststellung vorbei, dass auch die rot-grüne Agenda-Politik seit den späten 1990er Jahren einen gewichtigen Anteil an Entsolidarisierung, Abstiegsangst und Verunsicherung hatte. Motto: Wie soll man da keine Zweifel haben an der Bereitschaft zu einem wirklichen Politikwechsel, zumal vor allem die SPD die Agenda-Politik eher historisiert denn selbstkritisch aufarbeitet und durch praktische Umkehr zur Disposition stellt? Zumindest auf der parteipolitischen Ebene wirkt das wie ein Locked-In-Syndrom: So klar es ist, dass die Herausforderungen der Gegenwart und der Zu-

kunft nicht mit den oftmals falschen und teils sogar verheerenden Antworten der Vergangenheit bewältigt werden können, so sehr bleibt Parteienkonkurrenz genau darin verhaftet – in einer gegenseitigen Ermahnung, sich mit der eigenen Geschichte zu befassen. Am Ende bestärkt dies vor allem, dass sich Parteien in ihren Organisationslogiken einmauern. Eine andere Frage einer Mehrheit links der Großen Koalition ist die der viel beschworenen «Schnittmengen». Natürlich ließe sich schnell ein Katalog von Gemeinsamkeiten aufstellen, der für eine Legislatur eine Grundlage wäre. Von Reparaturmaßnahmen in den Bereichen soziale Sicherung und Infrastruktur über den Einstieg in echte Reformen etwa mit dem Projekt Bürgerversicherung bis hin zu gestaltenden Regelungen bei Mobilität, Wohnungsbau und Transparenz erscheint vieles bei SPD, Linkspartei und Grünen tatsächlich kompatibel.

Das eigentliche Problem liegt aber auf einer grundlegenden Ebene: Wie finanziert das Öffentliche sich und damit die Spielräume für solche Umgestaltung? Eine echte verteilungspolitische Wende gehört derzeit nicht zu den «Schnittmengen» im rot-rot-grünen Lager. In der öffentlichen Debatte über eine Mitte-Links-Koalition spielt das eher am Rande eine Rolle und wird von den Unvereinbarkeiten etwa in der Außen- und Energiepolitik verdeckt.

Schließlich aber keineswegs zuletzt ist Rot-Rot-Grün eine Frage progressiver Mehrheiten in der Gesellschaft. Selbst wenn eine Dreier-Regierung links der Großen Koalition derzeit in Umfragen von etwa 25 Prozent als die beste Option angesehen wird, lässt sich weder eine spürbare Erwartungshaltung oder gar eine Wechselstimmung feststellen. Gesellschaftliche Mehrheiten lassen sich aber nicht von Parteien inszenieren. Sie entstehen von unten, dort also, wo die Entfernung zu Parteipolitik meist am größten ist. Die Gelegenheit, jene soziale Akteurskonstellation parteipolitisch zu repräsentieren, die als «dritter Pol» bezeichnet wurde, ist offenbar verpasst worden – also jenes Lager der Solidarität und der praktischen Geflüchtetenhilfe ab dem Sommers 2015, das auch in keiner der rot-rot-grünen Parteien «gesetzmäßig» seine Heimat findet, weil die Konflikte um Asylpolitik, «Obergrenzen» und so fort eben nicht mehr entlang von Parteigrenzen stattfinden, sondern immer mehr innerhalb der Parteien. Ob es und wann es eine solche Akteurskonstellation wieder geben wird, lässt sich nicht vorhersagen.

Aber Parteien könnten sich dem anders als bisher öffnen – indem sie Räume schaffen, in denen die Menschen, die nicht bloß als WählerInnen betrachtet werden dürfen, darüber reden, was sich ändern muss, wie das geht, wer dabei unterstützt gehört. Das ist schon deshalb nötig, weil eine substanziell andere Politik auch die aktive, kritische, fordernde Beteiligung der Menschen über einen Wahltag hinaus braucht. Und die Parteien könnten aus diesen Basisforen, Wohlfahrtsausschüssen, Nachbarschaftsgruppen etwas lernen: Wie die Wirklichkeit aussieht. Um noch einmal zum CSU-Politiker Frieser zurückzukommen: Nein, «ein Linksbündnis in diesem Land droht» derzeit nicht. Leider. Nicht, weil es Grund zu großen Illusionen über die Spielräume und mögliche Politik einer solchen Konstellation gibt. Sondern weil die Alternative dazu keine ist, nämlich die dann auch noch beschleunigte Abfahrt auf der schiefen Ebene in Richtung von Zuständen, die linke Politik auf absehbare Zeit ganz unmöglich machen könnten.



WWW.NEUES-DEUTSCHLAND.DE/DOSSIERS/389.HTML
WWW.ROSALUX.DE/DOCUMENTATION/49137

TOM STROHSCHNEIDER IST CHEFREDAKTEUR DER TAGESZEITUNG
NEUES DEUTSCHLAND



Waghalsiges Experiment: Im Höhenflug den richtigen Ton treffen oder Bruchlandung mit zerstörter Klaviatur? Foto: Kerstin Wendt/picture alliance/dpa

MICHAEL BRIE

FEUER DER OPPOSITION

EINE REGIERUNG MIT SPD UND GRÜNEN IST DERZEIT FÜR DIE LINKE KEINE OPTION

Es ist ein schlechtes und empirisch immer wieder widerlegtes Argument, dass gesellschaftliche und politische Opposition nichts bewegt.

Weder Bismarcks Sozialstaatreformen noch die betriebliche Mitbestimmung oder die Adenauersche Rentenreform wären ohne linke Opposition entstanden; es gäbe keinen Atomausstieg und keinen Mindestlohn. Es kann auch belegt werden, dass die Linke durch Regierungsbeteiligung oft geschwächt wurde, auch in Deutschland. Die SPD ist unter der Regierung von Gerhard Schröder zu einer Partei der sozialen Ungerechtigkeit geworden und hat sich davon bis heute nicht erholt. Die eigentlich entscheidende Frage ist also nicht, ob die Linke sich an der Regierung beteiligt oder nicht, sondern welche Kraft die Linke mit welchen Mitteln in einer konkreten Situation entwickeln kann. Über die Frage von Regierungsbeteiligung wird zumeist völlig falsch diskutiert. In den Vordergrund wird gestellt, welche Reformen im Einzelnen durchgesetzt werden können. Aber die Frage, die gestellt werden muss, ist ob die Linke durch Regierungsbeteiligungen stärker wird. Wie Rosa Luxemburg sagte: Es kommt vor allem auf das Wie an. Das Was steht auf tönernen Füßen, wenn keine gesellschaftlichen und politischen Kräfte dahinter stehen, die es verteidigen und ausbauen. Aber auch diese Antwort ist noch zu abstrakt. Die Linke insgesamt, und auch die Partei DIE

LINKE muss sich konkret auf zwei sehr unterschiedliche Handlungssituationen einstellen. Die eine Situation ist die, dass die relative wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität in Deutschland erhalten bleibt und weder gesellschaftlich noch parteipolitisch die Bedingungen für einen durchgreifenden Richtungswechsel der Politik gegeben sind. Das ist der gegenwärtige Zustand. Mit SPD und Grünen ist gegenwärtig nur eine Modifikation des Status Quo, aber kein grundlegender Politikwechsel möglich. Unter diesen Umständen verbietet sich eine Regierungsbeteiligung, es wäre höchstens die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung denkbar. Zum anderen müssen sich die Linke und die Partei DIE LINKE auf eine offene Krisensituation vorbereiten. Dann sind sie gefordert, mit weiterreichenden Positionen und einer energischen Mobilisierung. Die Frage von parteipolitischer Opposition oder Regierungsbeteiligung muss beiden Optionen gerecht werden. Eine Regierungsbeteiligung unter heutigen Bedingungen würde die Fähigkeit der Partei DIE LINKE schwächen, in einer offenen Krise als überzeugende Alternative einer grundsätzlich anderen Politik auftreten zu können. Der Gründungsanspruch der gemeinsamen Wahlalternative von PDS und WASG, auch eine politische Richtungsalternative zu sein, würde dabei aufgegeben. Die strategische Aufgabe der Partei DIE LINKE ist es, parteipolitisch daran zu arbeiten, die Bedingungen für

Mehr zur Arbeit
des Migrantenrates
unter
www.fabro-interkulturell.de/

«GROSSE LÜCKE DER DEMOKRATIE»

MIGRANTEN-VERTRETER RUBÉN
CÁRDENAS ÜBER DAS FEHLENDE WAHL-
RECHT FÜR VIELE EINWANDERERINNEN

Rubén Cárdenas Carbajal ist Geschäftsführer des Migrantenrates der Hansestadt Rostock sowie der Migrantenorganisation aus Mecklenburg-Vorpommern, Migranet-MV.

Wie ist das Kommunalwahlrecht für MigrantInnen mit ihrem jeweiligen «Status» geregelt?

Cárdenas: Die sogenannten Nicht-EU-AusländerInnen haben kein Kommunalwahlrecht, während es die EU-AusländerInnen besitzen, genau so wie eingebürgerte Menschen mit Migrationshintergrund – unabhängig, ob sie zur ersten, zweiten oder dritten Generation gehören. Aber EU-AusländerInnen sind auch ohne deutschen Pass wahlberechtigt.

Wird sich daran etwas ändern?

Cárdenas: Die Migrantenselbstorganisationen (MSO) fordern seit Jahren ein Wahlrecht für Nicht-EU-AusländerInnen und sprechen das Thema auf allen Ebenen in Kommunen, Ländern und im Bund an. Wir machen Kampagnen dazu und organisieren Diskussionen. Bundesweit haben wir aber bisher keine ausreichende Mehrheit für eine Verfassungsänderung erlangt. Trotzdem wurde einiges erreicht: In Kommunen wie Rostock oder Schwerin hat sich die Bürgerschaft positiv zum Wahlrecht positioniert. Es gibt auch Länder, die bereit sind, dieses Recht einzuführen sowie Ansätze und Anträge innerhalb von Parteien – aber keine Mehrheiten.

Ist das Thema für MigrantInnen in den gegenwärtigen Kämpfen und in der «Flüchtlingskrise» in den Hintergrund gerutscht?

Cárdenas: Die Flüchtlingsfrage hat verschiedene gesellschaftliche Fragen in den Hintergrund gedrängt. Migranet-MV hat das Wahlrecht in seinen politischen Forderungen im Mai dennoch an vorderer Stelle platziert. Mehr als vier Millionen Menschen sind vom Wahlrecht ausgeschlossen. Das ist gravierend, das ist eine große Lücke in der Demokratie in Deutschland.

Wie weit ist die Diskussion unter MSOs und wie verhalten sich die Parteien?

Cárdenas: Die Diskussion dreht sich darum, wie wir das Wahlrecht erhalten. Helfen öffentliche Kampagnen, um Politik und Gesellschaft zu sensibilisieren, wie etwa in Nordrhein-Westfalen? Das Wie ist die Frage – nicht das Ob. Einige Parteien unterstützen die Forderung der MigrantInnen – DIE LINKE, die Grünen und ein Teil der SPD. Große Vorbehalte gibt es bei der CDU, wobei ich nicht sagen will, dass alle so denken. Und Konservative, Populisten und Rechtsextreme sind klar dagegen.

FRAGEN: ANDREAS BOHNE



Rubén Cárdenas Carbajal

einen grundsätzlichen Richtungswechsel zu schaffen und dabei zugleich heute politisch durchsetzbare Modifikationen herrschender Politik zu erreichen. Auf die Tagesordnung gehört deshalb nicht das Wirken für eine weitere Mitte-Links-Regierung, sondern der Kampf um eine wirkliche linke Regierung. Viele BürgerInnen, die die Partei DIE LINKE wählen, wollen, dass sie in die Regierung geht und dabei hält, was sie verspricht.

Man muss sich die Dimensionen eines solchen Projekts einer linken Regierung in Deutschland vor Augen führen: Erstens wäre das eine Regierung, die ein Ende der Austeritätspolitik in der EU und in Deutschland durchsetzt und große Projekte der solidarischen Integration der EU befördert. Dazu bedarf es auch der Bereitschaft, selektiv mit den Regeln der EU und der Währungsunion zu brechen und neue Regeln durchzusetzen. Die Anhäufung großer Vermögen muss in einer solchen Situation drastisch besteuert werden. Dies verlangt umfassende Maßnahmen der Kapitalkontrolle. Zweitens wäre dies eine Regierung, die energische Schritte einleitet, das Finanzsystem konsequent der Gesellschaft und einer neuen Ausrichtung der Wirtschaft unterzuordnen. Der Finanzsektor muss deutlich schrumpfen. Die Grundsicherung für Gesundheit, Pflege und Alter muss alleinig auf dem Umlageverfahren basieren. Der öffentliche Bankensektor muss gestärkt und ausgebaut werden, auch durch Privilegierung gegenüber dem Privatsektor. Drittens wäre es eine Regierung, die ein umfassendes soziales und ökologisches Investitionsprogramm auflegt, dessen Größenordnung bei fünf oder mehr Prozent des Bruttosozialprodukts liegen muss. Nur so können Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit und Pflege gelingen, ebenso wie eine armutsfeste sanktionsfreie Grundsicherung und die Verhinderung von Kinder- sowie Altersarmut, eine schnelle demokratische Energiewende, die ökologische Sanierung des Wohnungs- und Gebäudebestandes, der Übergang zu einer ökologischen Mobilität sowie eine solidarische Außenpolitik. Viertens wäre es eine Regierung, in der der Staat (lokal, regional, bundesstaatlich, deutschlandweit und in der EU) wichtige Aufgaben der Planung und Investitionslenkung übernimmt. Eine linke Regierung wäre deshalb auch eine Regierung des Staatsumbaus. Fünftens wäre es eine Regierung, die den Exportüberschuss von sechs bis sieben Prozent des Bruttosozialprodukts zum größeren Teil in Binneninvestitionen umgelenkt oder mit einem solidarischen Ausgleich in der EU verbindet. Dies verlangt nicht weniger als einen umfassenden Strukturwandel der deutschen Industrie und Wirtschaft als Teil des Wandels der volkswirtschaftlichen Struktur in der EU. Es wäre schließlich sechstens eine Regierung, die die internationale Verantwortung für eine globale Politik der Gerechtigkeit, des ökologischen Umbaus und der Friedenssicherung wirklich ernst nimmt, gerade und vor allem in Osteuropa, Nordafrika, dem Nahen und Mittleren Osten. Kriegseinsätze und Rüstungsexporte in Kriegsgebiete und an Konfliktbeteiligte wie Saudi Arabien müssen unter einer solchen Regierung ein Ende finden. Wer unmittelbar auf eine gemeinsame Regierung mit SPD und Grünen setzt, muss diese Ziele weitgehend aufgeben; wer dagegen eine linke Regierung in Deutschland will, die das skizzierte Programm umsetzt, kann gegenwärtig nicht mitregieren. Manchmal gibt es doch nur ein Entweder-Oder.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41855

WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41446

MICHAEL BRIE IST REFERENT FÜR SOZIALISTISCHE TRANSFORMATIONS-
FORSCHUNG UND GESCHICHTE DES SOZIALISMUS IN DER ROSA-LUXEMBURG-
STIFTUNG

SOZIALES VERSUS AUSSEN

WO LINKE, SPD UND GRÜNE SICH EHER NÄHER SIND – UND WO NICHT

SOZIALPOLITIK Wie groß oder klein Schnittmengen sind, hängt immer vom Maßstab ab. Realistisch dürfte sinngemäß ein Maßstab sein, den Harald Wolf unlängst als Ergebnis der rosa-roten Koalition von 2001 bis 2011 in Berlin formulierte: den Übergang von «einem parasitär-klientelistischen Modell zu einem Modell (normaler) kapitalistischer Entwicklung.» Übertragen auf den Bund scheint hinsichtlich Programmatik und der Wählerschaft der drei Parteien so durchaus eine gewisse Schnittmenge in Sozial- und Wirtschaftspolitik gegeben. Gemeinsam ist ihnen der Anspruch, die Gefahren eines Abrutschens breiter Teile der Bevölkerung in Armut zu stoppen. Aktuell hieße das vor allem Kampf gegen Altersarmut und Hartz-IV-Regime. Die stärkere Verankerung sozialer und ökologischer Kriterien in der Wirtschaftspolitik und die Verteidigung demokratischer Standards, etwa der Mitbestimmung, gehören auch zu den Gemeinsamkeiten.

Die Vorstellungen über das Maß dieser Veränderungen gehen aber zwischen diesen Parteien wie auch innerhalb der

Parteien selbst zum Teil stark auseinander. Das Vorgehen zu einem sozialökologischen Umbau der Gesellschaft wird zwar von allen dreien geteilt, aber in unterschiedlicher Weise. So bleibt ein vorsichtig sozial und ökologisch regulierter Kapitalismus, der den drei Parteien als Basis unterschiedlicher weitergehender politischer Schritte dient. Den Beteiligten ist gerade in Wirtschafts- und Sozialpolitik auch ein Dilemma gemeinsam – auf unterschiedliche Weise waren und sind diese Parteien und (vor allem in der SPD) ihr Personal durch Regierungsbeteili-

gungen auf den verschiedenen Ebenen gewollt oder ungewollt verbunden mit der Realisierung einer durch Hartz-Gesetze, Renten- und Gesundheitsreformen und Privatisierungen in Gang gesetzte Veränderung des Sozialstaates und der damit eng in Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Ein Kurswechsel müsste eine konfliktreiche Lösung aus dieser Logik bedeuten – und die dürfte der LINKEN leichter fallen als den Grünen und diesen leichter als der SPD. *Lutz Brangsch*



Foto: picture alliance/
Geisler-Fotopress

AUSSENPOLITIK Sozialdemokratische Avancen in Richtung Rot-Rot-Grün sind wieder einmal mit der Forderung verbunden, DIE LINKE solle sich endlich NATO, EU und der Bündnisloyalität in Richtung USA unterordnen. Koalitionsfragen aber werden nach der Wahl verhandelt. Vor allem muss das Wahlergebnis tragen. Nach Umfragen vom Oktober kamen 22 Prozent (SPD), zwölf Prozent (Grüne) und neun Prozent (LINKE) zusammen. Aber 43 Prozent sind keine Regierungsmehrheit.

Entscheidend für linke Politik ist, ob Regierungsbeteiligung auf Bundesebene nur möglich ist, wenn es eine Transformationsperspektive gibt, oder ob Positives auch erreicht werden kann, wenn eine grundsätzlich gesellschaftsverändernde Möglichkeit (noch) nicht besteht.

Im Bundeswehr-«Weißbuch» 2016 heißt es: «Das sich dynamisch verändernde Umfeld, unser Gestaltungs- und Führungsanspruch

sowie unser Engagement in NATO und EU erfordern die kontinuierliche Aktualisierung und Anpassung des Aufgabenspektrums der Bundeswehr.» Anforderungen werden nicht nur aus veränderten Bedingungen abgeleitet, sondern 25 Jahre nach der deutschen Vereinigung aus einem neuen «Führungsanspruch». Schon mit dem zu brechen, wäre ein Beitrag zum Frieden. Derzeit wird von mehr «Verantwortung» geredet. Alternative Außenpolitik bedeutet, das Wort ernst zu nehmen, aber nicht mehr für den Krieg, sondern mehr für den Frieden zu tun: Weniger NATO, keine Sanktionen gegen Russland, ein aktiver Beitrag zum Frieden im Nahen Osten. Das heißt auch, die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurückzurufen, keine weiteren zu beschließen, Waffenexporte in alle Nicht-NA-

TO-Länder sofort einzustellen. Die USA ziehen alle Kernwaffen aus Deutschland ab und führen von deutschem Boden keine Kriege mehr in anderen Teilen der Welt.

Der Umbau der Bundeswehr zu einer «Armee im Einsatz» wird rückgängig gemacht. Zuerst werden die Kapazitäten – logistisch, Waffensysteme, Transportmittel – zurückgebaut, die den Planungen weltweiter Einsätze geschuldet sind. Die Bundeswehr hat nur noch die Territorialverteidigung des Landes zu sichern. Dann tritt Deutschland aus der Militärorganisation der NATO aus. Die USA hätten alle Militärstützpunkte in Deutschland aufzugeben. Danach könnte der Austritt aus der NATO folgen.

Erhard Crome

ANGEBOT AN ALLE Dem Grundgesetz wohnt der Gedanke inne, dass die Bevölkerung der Souverän ist. Mit Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden – kurz: mit mehr direkter Demokratie – würde genau diesem Grundsatz entsprochen. Direkte Demokratie soll die parlamentarische Demokratie nicht ersetzen, aber ergänzen. Allerdings verlangt die Umsetzung von direkter Demokratie zwingend, dass alle hier lebenden Menschen mitentscheiden können, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. Denn der Grundgedanke ist ja gerade, dass über die Gestaltung des eigenen Lebens mitentschieden werden kann.

Direkte Demokratie kann ein Beitrag zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements sein und zu gesellschaftlichen Debatten über Sachfragen führen. Sie ist

der Beweis, dass es «das Volk» nicht gibt – unterscheiden sich die Interessen der Menschen doch je nach Sache.

Volksentscheide können das politische Niveau heben und die politische Debatte versachlichen. Klingt komisch?

Ist aber so. Denn anders als parlamentarischen Entscheidungen geht einer Volksabstimmung zum Beispiel eine Unterschriftensammlung voraus, über die Anliegen wird öffentlich debattiert. Richtig angegangen wird direkte Demokratie also zu einer politischen Bildungsveranstaltung. Aber ist sie nicht ein Einfallstor für Populismus? Nicht weniger oder mehr als die parlamentarische Demokratie. PolitikerInnen sind nicht weniger anfällig für Populismus als die Bevölkerung. Die Auseinandersetzung mit provokanten, mit rassistischen oder sexistischen Denkmustern und politischen Vorhaben ist immer anstrengend – egal ob im Parlament oder in Formen der direkten Demokratie. Von den GegnerInnen der direkten Demokratie wird hier immer wieder die «Weimarer Erfahrung» ins Feld geführt. Zu Unrecht. Die Weimarer Demokratie ist nicht an zuviel Mitbestimmung der Bevölkerung gescheitert, sondern an der Verweigerung der DemokratInnen für die Demokratie nachdrücklich einzutreten. Direkte Demokratie verlangt klare Regelungen. Dazu gehört die Offenlegung von finanziellen Unterstützungsleistungen Dritter, ebenso wie Mindestmaße an Informationen zu den Fragen, die zur Abstimmung stehen. Sonst könnten wirtschaftskräftige UnterstützerInnen zu viel Einfluss nehmen.

Demokratie für alle heißt, dass jede und jeder ohne jegliche Existenzangst direkt mitentscheiden kann, wie sich die Gesellschaft entwickelt. Demokratie für alle ist ein Angebot, selbst Verantwortung für politische Entscheidungen zu übernehmen. Sprich: Ihr werdet ernst genommen, eure Entscheidungen haben Konsequenzen. Es sind eben nicht «die da oben», die für euch entscheiden, sondern ihr.

HALINA WAWZYNIAK IST RECHTSPOLITISCHE SPRECHERIN DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Direkte Demokratie – Der beste Weg zur Partizipation?

Pro

Von Halina Wawzyniak

DIE UNTEN MACHEN KAUM MIT Ende Juni stimmten GlobalisierungsverliererInnen, KapitalismuskritikerInnen und Chauvinis- tInnen in einer Volksabstimmung für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Anfang Oktober lehnte eine Mehrheit der KolumbianerInnen ein ausgehandeltes Friedensabkommen ab. Am selben Tag verfehlte der autoritär regierende Ministerpräsident Ungarns, Viktor Orbán, ein Quorum zur Bestätigung seiner fremdenfeindlichen Flüchtlingspolitik. In der Schweiz stimmten in den letzten Jahren Mehrheiten für diskriminierende Politiken gegen Muslime und Fremde – jüngst aber auch für ein Referendum, das der schamlosen «Abzockerei» von Spitzenmanagern einen Riegel vorschieben soll. Bringen Volksentscheide mehr Demokratie? Sie verleihen allen BürgerInnen das Recht, in politischen Sachfragen direkt Entscheidungen treffen zu können. VerfechterInnen der direkten Demokratie gehen davon aus, dass die Abstimmungsergebnisse von Referenden die authentischen Wünsche der Wähler reflektieren. Die Auffassung hat ihren Ursprung in dem Mythos – dass es «den» Willen «des» Volkes als einer homogenen Einheit gibt. Direkte Demokratie kann die Probleme schwindender Partizipation und steigender sozialer Selektion in den etablierten Demokratien aber nicht lösen. Die Wahlbeteiligung bleibt meist deutlich unter jener von allgemeinen Parlamentswahlen. Die unteren sozialen Schichten sind kaum repräsentiert. Es dominieren die männlichen Wähler aus den gehobenen Mittelschichten. Es ist eine soziale «Schrumpfversion des Volkes» die abstimmt, wie der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel schreibt. Inhaltlich gehen die Abstimmungsergebnisse weit auseinander. In der Schweiz und Kalifornien setzen sich häufig die wirtschaftlichen Interessen höherer Schichten durch, vor allem in der Steuer- und Sozialpolitik. In kulturellen Fragen gewinnen häufig die GegnerInnen von religiösen, ethnischen und sexuellen Minderheiten. Ferner sind Parteien und mächtige Interessengruppen bei Referenden häufig durchsetzungsfähiger als von unten organisierten Initiativen. Direkte Entscheidungen durch das Volk haben in der Theorie eine hohe normative Legitimität. In der Realität aber zeigen die Beteiligungsraten eine Schiefelage zugunsten der besser Gestellten. Die Ergebnisse sind häufig minderheitenfeindlich und wirtschaftsliberal. Volksabstimmungen sind nicht ganz abzulehnen. Ihre demokratische Würde bekommen sie aber nur bei hohen Beteiligungsraten, offenen öffentlichen Diskussionen und einer Zählung finanzstarker Interessengruppen oder rechtspopulistischer VolksverführerInnen.

ALEKSANDRA KULESZA IST POLITOLOGIN UND ARBEITET IM BEREICH POLITISCHE KOMMUNIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Kontra

Von Aleksandra Kulesza



Vereint auf der Straße: Zum fünften Jahrestag der Bewegung «15. Mai» demonstrieren SympathisantInnen in Barcelona.

DAVID KLÄSSIG/ANJA LENKEIT

ARBEITEN AN ALTERNATIVEN

SOZIALPROTESTE UND DEMOKRATIEBEWEGUNGEN – EIN REISEBERICHT AUS BARCELONA

Barcelona kann man nur verstehen, wenn die historischen Bedingungen mitgedacht werden. Eine Bildungsreise der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg gab Einblick in die Geschichte und politischen Kämpfe der katalanischen Stadt.

Neben den ArbeiterInnenstreiks im 16. Jahrhundert und der anarchistischen Bewegung im 19. Jahrhundert prägten der Spanische Bürgerkrieg und insbesondere die anschließende Diktatur Francos Katalonien, wie Harald Piotrowski während eines Stadtrundgangs erklärte. In dieser Zeit entstanden erste katalanische Nachbarschaftsvereine, die bis heute bestehen. Dass die Transición – der Übergang zur Demokratie nach Franco – keinen echten Wandel darstellte und die Diktatur nie richtig aufgearbeitet wurde, veranschaulichte bereits Raul Zelik in seinem Vortrag zum Auftakt der fünftägigen Reise. Die politische Linke und die unterdrückten Gebiete wurden ihm zufolge in der neuen Verfassung von 1978 kaum berücksichtigt.

Auch heute noch stehen Konservative und Rechte in Spanien für den Erhalt des spanischen Staats als Ganzes und setzen sich Linke für Autonomie oder die Abspaltung einzelner Gebiete ein – wie etwa Katalonien. Diese Umstände, ein gescheitertes Referendum über den Austritt aus der NATO 1986 und die Dominanz konser-

vativer Medien, führten ab den 1990er Jahren zur Entpolitisierung der Bevölkerung. Ab der Jahrtausendwende setzte jedoch eine Repolitisierung ein: Nun ging es um politische Korruption, prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, schlechte Konjunktur, die Immobilienblase und die folgende Bankenkrise, die zu Zwangsräumungen und der Verstaatlichung privater Bankenschulden führten. Die AktivistInnen des Enmedio Colectivo berichteten anschaulich, wie die Verhinderung des Weltbankgipfels 2001 sowie die beginnenden Proteste gegen die Austeritätspolitik bereits die Vorboten einer neuen Bewegungskultur waren, die sich am 15. Mai 2011 in der Bewegung 15-M manifestierte.

Die Initiative war ein wiederkehrender Fixpunkt der Reise, sie begegnete uns in den Vorträgen und Besuchen immer wieder. Mit Slogans wie «Unsere Träume passen nicht in eure Wahlurnen» bewohnte eine heterogene Gruppe für vier Monate den Katalonienplatz im Zentrum Barcelonas. Den Protestierenden war gemein, dass sie nicht parlamentarisch orientiert waren, gebildet, jung und arbeitslos. Sie strebten ein Gleichberechtigungsprinzip ohne ExpertInnenstum an, um mit den sozialen Problemen infolge der Krise umzugehen. Im Jahr 2013 ging aus ihr die Partei Podemos hervor. Diese ist in Barcelona als Teil der basisdemokratisch-zivil-

gesellschaftlichen WählerInnenplattform Barcelona en Comú relevant, welche im Jahr 2015 zur Kommunalwahl antrat. Das Kommunalwahlprogramm wurde in einem monatelangen Abstimmungsverfahren ausgearbeitet, in zwölf Arbeitskreisen, auf Stadtteilkonferenzen, durch PassantInnenbefragungen und Onlinemitbestimmungsverfahren. Aktuell stellt die Plattform die Bürgermeisterin Ada Colau und hat elf von 42 Sitzen im Stadtrat inne.

VertreterInnen der WählerInnenplattform klärten uns über ihre Ziele und die Schwierigkeiten der parlamentarischen Arbeit auf. Sie fordern eine Begrenzung der Gehälter und Amtszeiten und die Abschaffung von Dienstwagen. Vor allem aber wollen sie durch Rückkopplung in die Arbeitskreise und in die Zivilgesellschaft Druck auf die etablierten Parteien ausüben, den Lobbyeinfluss minimieren, mit der Idee, dass sich die Parteien in diesem Zusammenschluss auflösen. Doch wenn neben der parlamentarischen Arbeit wenig Zeit bleibt für Rückkopplung mit der Bewegung, wie soll dies erst bei nichtöffentlichen Themen oder unter Zeitdruck umsetzbar sein? Wie

lässt sich die soziale Bewegung dauerhaft verankern und auch für Themen wie den kommunalen Haushalt begeistern? Das themenübergreifende Wahlprogramm lässt sich nur schwer in die thematisch getrennten Institutionen tragen. Bisher haben sie Lebensmittelstipendien für SchülerInnen eingeführt und wollen selbstverwaltete Ökonomien gegenüber der Tourismusbranche stärken. Es zeigt sich aber, dass viele Dinge nicht auf kommunaler Ebene entschieden werden können. Barcelona en Comú sieht sich aber auch Kritik von anderer Seite ausgesetzt. Ein Genosse der anti-kapitalistisch-munzipalistischen CUP (Kandidatur der Volkseinheit) erklärte, warum sie als Linke nicht in Barcelona en Comú vertreten sind. So seien VertreterInnen der alteingesessenen Parteien Schlüsselpositionen überlassen worden. Außerdem werde vermutet, dass die bisherige Organisationsform nur ein Zwischenschritt ist, um letztendlich für das Nationalparlament anzutreten.

Schließlich traf die Reisegruppe die PAH (Plattform der von den Hypotheken Betroffenen), eine basisdemokratische Selbster-

mächtigungsgruppe, welche sich 2009 auf Grund der Wohnproblematik gründete. Sie durfte an einer der Versammlungen teilnehmen, in der Betroffene vor dem Plenum ihren Fall schildern. Sie erhalten Tipps von anderen Betroffenen, wie sie sich wehren und selbst ermächtigen können. Darüber hinaus organisiert die Plattform Besetzungen von Bankfilialen und Wohnungen, um für den Verbleib der von Räumung bedrohten Familien zu streiten, sowie ein Volksbegehren gegen Energiearmut und weitere politische Aktionen, durch die sie Einfluss auf die Parteien nehmen.

Die zahlreichen Gespräche und Begegnungen während der Reiseweche haben verdeutlicht, dass eine Alternative zur parlamentarischen Demokratie lebbar ist, und Linke politisch arbeiten können, in niederschweligen, inkludierenden Projekten, problemorientiert und nicht mit großem theoretischen Überbau überfrachtet.

 WWW.ENMEDIO.INFO/EN
WWW.ROSALUX.DE/BILDUNGSREISEN

DAVID KLÄSSIG UND ANJA LENKEIT SIND STUDIENSTIPENDIATINNEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

FACHTAGUNG ZUR ALTERSSICHERUNG

VERANSTALTUNGEN Könnte eine gerechte Alterssicherung zu einem rot-rot-grünen Projekt werden? Nie zuvor war die gesetzliche Rente so ausgehöhlt wie jetzt, während das Credo der privaten Eigenvorsorge das Risiko auf den Einzelnen abwälzt. Altersarmut und Sorge um den Lebensstandard treiben immer mehr Menschen um. Am stärksten betroffen sind Teilzeitbeschäftigte, Alleinerziehende, LeiharbeiterInnen, Erwerbslose und NiedriglöhnerInnen, insbesondere zudem MigrantInnen und Frauen. Auf einer Fachtagung am 13. Januar in Köln sollen Lösungswege diskutiert werden.

 WWW.ROSALUX.DE/EVENT/57101/
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/40003

WEB Rolle rückwärts, Rolle vorwärts. In Anbetracht rechter Wahlerfolge sollten nicht die linken aus dem Blick geraten. Die Wahlanalysen der Stiftung diskutieren die jüngsten Landtagswahlen in Deutschland, die starken linken

Wahlergebnisse in Spanien und Portugal und den Status quo linker Parteien und Regierungen in Südamerika. Als Stream abrufbar ist auch Étienne Balibars Luxemburg Lecture «EU: Crises und crash?». Balibar fordert ein solidarisches Ringen um die Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der EU: Nur ein echter Föderalismus kann Europa retten.

 IFG.ROSALUX.DE/THEMEN/WAHLANALYSEN
WWW.YOUTUBE.COM/WATCH?V=CJYIGYMFHTY

PUBLIKATIONEN Während rechte Parteien Wahlerfolge einheimsen und bestärkt eine nationalistische und reaktionäre Politik vorantreiben, ist DIE LINKE mehr denn je gefragt mit Strategie und klaren Standpunkten, um WählerInnen und die politische Zukunft zu kämpfen. Jan Korte diskutiert einen neuen Aufbruch: «Radikaler in der Analyse und praktischer im Tun und der Kultur». Wie erfolgreich linke Parteien sein können, zeigt sich vor allem im Süden Europas. Was SYRIZA und Podemos bereits erreicht haben und wie sich vereint von

links Einfluss auf die Zukunft des europäischen Kontinents nehmen lässt, analysiert Dominic Heilig in seiner Studie «Die Linke in Europa».

 WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42618
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42272





Silhouette einer durchkapitalisierten, neoliberalen Gesellschaft – das Finanzzentrum der britischen Hauptstadt London. Foto: picture alliance/Daniel Kalker

MARTIN SCHIRDEWAN

KAPITALE KONKURRENZ

BEIM BREXIT PRALLEN GEGENSÄTZE VON MITTELSTAND UND FREIHÄNDLERN AUF EINANDER

Die neue britische Premierministerin und eigentliche Brexit-Gegnerin Theresa May will das Mehrheitsvotum der BritInnen, Großbritannien aus der EU zu führen, umsetzen.

Sie wird Großbritannien mehr Zeit einräumen, als den zukünftigen europäischen Ex-PartnerInnen lieb ist. Dennoch hat May angekündigt, den Austrittsantrag bereits im März 2017 zu stellen – pünktlich vor den französischen Präsidentschaftswahlen im Mai und den Bundestagswahlen im Herbst 2017. Ein kleines Abschiedsgeschenk, das seinen Widerhall in den Wahlergebnissen finden dürfte.

Erste Turbulenzen an den Finanzmärkten in Reaktion auf das Votum sind überstanden. Dennoch bleibt Unsicherheit darüber, wie sich der Brexit auf die ökonomische Entwicklung auf der Insel und auf dem europäischen Festland auswirken wird. Die EU will Großbritannien den Zugang zum europäischen Binnenmarkt verweigern, Großbritannien will den Zuzug von EU-AusländerInnen begrenzen. Dieser schmutzige Scheidungsprozess wird auf beiden Seiten Opfer verlangen.

Großbritannien will als fünftstärkste Volkswirtschaft der Welt mit Handels- und Wirtschaftsabkommen seine weitere wirtschaftliche Entwicklung unabhängig von der EU stärken. Doch es könnte seinen stärksten Wirtschaftszweig, die Finanzindustrie, an das europäische Festland verlieren. London wird seine Rolle als führen-

der Finanzplatz in der EU nicht mehr ausüben können. Frankfurt am Main, Dublin und Paris werden als Börsensitze an Wichtigkeit gewinnen. Je größer der Anteil der Finanzwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt, desto größer ist auch ihr politischer Einfluss. Der finanzmarktgetriebene, autoritäre Neoliberalismus könnte so zum immanenten Wesensmerkmal der gesellschaftlichen Entwicklung Kerneuropas werden. Die Finanzialisierung einer Gesellschaft – das lehrt ausgerechnet Großbritannien – hat bisher stets zum Abbau industrieller Kerne und damit zur Schwächung der Gewerkschaften beigetragen. Noch weniger Sozialstaat? Noch weniger Teilhabe?

Das Votum für den Brexit und die Zusammensetzung derjenigen Hälfte der britischen Gesellschaft, die dafür gestimmt hat, lässt eine interessante Hypothese zu. Demnach stehen sich zwei Kapitalfraktionen gegenüber: Zum einen ist das eine protektionistische, die sich gegen Globalisierung und transnationale Unternehmen ebenso wendet wie gegen die da oben, «die in Brüssel» und sich als Vertreterin derer gibt, die dem globalen Wettbewerb ausgeliefert sind: Kleine und mittlere Unternehmen, Selbständige, ArbeitnehmerInnen und auch Arbeitslosen. Sie steht in Konkurrenz mit der zweiten Kapitalfraktion, die auf Freihandel setzt, auf den fortgesetzten Abbau sozialer Rechte und der Rechte der ArbeitnehmerInnen, und deren soziale Basis die Bevölkerungsschichten, die von den

zusammenwachsenden Märkten profitieren. Gesellschaftliche Hegemonie, so eine mögliche Lehre des Brexit, wird zwischen konkurrierenden Kapitalfraktionen und ihren politischen Angeboten ausgefochten. Die Linke steht in der Auseinandersetzung im Abseits. Die europäische Rechte ist die eigentliche Siegerin des Referendums. Das Ergebnis des Referendums könnte sich wie eine Sturzflut auf die Mühlen der europäischen Rechten auswirken. Ankündigungen, sich für ähnliche Referenda einzusetzen, erklingen aus den Niederlanden, Frankreich und Italien. Die europäische Rechte hat im Kampf gegen «Brüssel und die Eurokratie» ihr Thema gefunden. Zugleich versucht sie, sich zur politischen Speerspitze der globalisierungskritischen Bevölkerungsschichten zu stilisieren. Nach dem Brexit wird sich ein Europa verschiedener Geschwindigkeiten und verschiedener Integrationsstufen entwickeln. Die globalisierungsaffinen Eliten haben starkes Interesse an einem Kerneuropa, mit dem sie ihre ökonomische Stärke nach außen und gegenüber der europäischen Peripherie absichern können. Am Tag nach dem Referendum trafen sich unter deutscher Führung die Außenminister der sechs Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG). Zu den Kennzeichen des europäischen Entwicklungsmodells, das diese Staaten anstreben, gehören Industrie 4.0, der digitale Binnenmarkt des Günther Oettinger, diversifizierte Wertschöpfungsketten, eine ungleiche Verteilung des Mehrwerts und ungleiche Investitionen – ein Europa, das den Anspruch an eine einigermaßen gleiche Entwicklung seiner Mitglieder nicht mehr kennt. Somit stellt der Brexit die Frage: Wohin soll sich die EU entwickeln? Eine Frage, auf die auch die Linke derzeit höchst widersprüchliche

Antworten gibt: Vertiefte Integration ja oder nein? Euro ja oder nein? Souveränität oder transnationale Subsidiarität? Wie sähe eine mögliche Alternative aus? Zum Beispiel so: Die verbleibenden 27 Mitglieder erkennen den höheren Wert ihres gemeinsamen Projekts an. Griechenland und anderen Schuldern wird eine Schuldenreduzierung ermöglicht, sozialstaatliche Elemente werden in die Gemeinschaftspraxis implementiert anstatt brutaler Austerität. Die europäische Sozialdemokratie und die europäischen SozialistInnen lernen den aufrechten Gang, sie entfernen sich endlich vom Neoliberalismus ihrer Brioni-tragenden Vorväter wie Blair und Schröder. Neue gesellschaftliche Mehrheiten ergeben sich, eine Änderung der Machtverhältnisse tritt ein, Vertragsänderungen und ein echter Politikwechsel in Richtung eines sozialen, friedlichen und demokratischen Europas stehen an, der gemeinsam von den verschiedenen progressiven gesellschaftlichen Kräften gegenüber den nationalen und neoliberalen Kräften durchgesetzt wird. Das klingt wie ein Traum – und das wird angesichts des exemplarischen Macht- und Richtungskampfes in der Labourpartei und des Herumglavierens der deutschen Sozialdemokratie wohl auch ein Traum bleiben. Doch wir wissen: Prosperität und Frieden wird es in Europa nur geben, wenn dieses Europa ein stabiles und daher ein soziales Europa ist. Und auch eiserne Vorhänge sollen sich schon in Luft aufgelöst haben.



WWW.ROSALUX.DE/NEWS/42430
WWW.ROSALUX.DE/NEWS/42435

MARTIN SCHIRDEWAN LEITET DAS EUROPABÜRO BRÜSSEL/ATHEN
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

KERSTIN KAISER

UNEINIGES RUSSLAND

DUMA-WAHLEN: BÜRGERINNEN INTERESSIEREN SICH NICHT MEHR FÜR DIE PARTEIEN

Nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten ging im September zur Wahl. Dabei war es kein kleiner Wahltag: Am 18. September fanden in Russland rund 5.000 Wahlen statt.

Neben 450 Abgeordneten zur Staatsduma (Unterhaus) wurden in sieben Regionen Russlands die Oberhäupter gewählt. Zudem wurden 39 Regionalparlamente, elf Stadtparlamente in regionalen Hauptstädten sowie weitere Kommunalvertretungen am selben Tag neu bestimmt. Geschätzt ging es um 40.000 Mandate. Wenn also der Spot nur auf die Duma-Wahl mit den 14 angetretenen Parteien gerichtet ist, bleiben wesentliche Zusammenhänge unbeleuchtet. Wegen Wahlbetrugs gab es nach der Duma-Wahl 2011 Proteste in Moskau, deren Folgen bis heute das politische Klima im Land und das Ansehen der Machteliten beeinflussen. Um im eigenen Land Ruhe zu haben und international mehr Akzeptanz zu erreichen, erklärte die Zentralregierung diesmal die Legitimität der Wahlen zum obersten Ziel. Wahlbeobachtung und Kontrollen folgten der Losung «Konkurrenz-Offenheit-Legitimität». Oberste Wahlleiterin wurde Ella Pamfilova, eine resolute und unbestechliche Menschenrechtsbeauftragte. Das Wahlgesetz wurde geändert: Erstens kam man auf das Erst- und Zweit-Stimmen-Prinzip zurück. Durch Personenvahlen in 225 Wahlkreisen konnte nun also wieder die Hälfte der Duma-Abgeordneten direkt gewählt werden. Zweitens senkte man die Sperrklausel für die Wahl der Parteilisten von sieben auf fünf

Prozent. Tatsächlich zeigte all das Wirkung ganz im Sinne der Moskauer Regierung. So verlagerten sich heftige machtpolitische und persönliche Wahlkampf-Auseinandersetzungen in die Wahlkreise. Kritik und Anzeigen wegen Wahlbetrug richten sich nun gegen die regionalen Wahlkommissionen. Die Zentralregierung muss nur noch richten und schlichten. Im Hinblick auf die Präsidentenwahlen 2018 ist ihr das sicher ganz recht.

Im Vergleich zu 2011 sind Wirtschaftslage und Einkommenssituation der breiten Bevölkerung erheblich schlechter geworden. Öffentliche Finanz- und Haushaltsprobleme, Privatisierungen im Bildungs- und Gesundheitssektor, Absage der Rentenanpassung und der Gehaltserhöhung für Lehrer – all das wird der Regierung unter Medwedjew angelastet. Sie steht in der Kritik, uneinig, unentschlossen und selbstherrlich zu agieren. Dem überwältigenden Konsens zu Russlands Außenpolitik steht in der Bevölkerung die Unzufriedenheit mit praktisch aller anderen Politik gegenüber, ohne dass die Opposition einen realistischen Ausweg zeigen könnte.

Die Gewinner-Partei ist Jedinaja Rossija («Geeintes Russland»), geführt von Medwedjew. Sie kam auf 54,2 Prozent und gewann damit 4,9 Prozent. Insgesamt erhielt sie 343 Mandate, 203 davon direkt. Die Fraktion könnte in der Duma ab jetzt die Verfassung ändern. Die zweitstärkste Kommunistische Partei unter Sjuganow erhielt nur noch 13,3 Prozent, verlor 5,9 Prozent und kommt so nur noch



Machtzentrum der Russländischen Föderation: Der Moskauer Kreml. Den jüngsten Wahlen blieben viele WählerInnen fern. Foto: picture alliance/dpa/Soeren Stache

auf 42 Sitze, darunter sieben Direktmandate. Die Liberal-Demokratische Partei Russlands unter dem National-Populisten Shirinowski legte auf 13,1 Prozent leicht zu, bekam 39 Sitze, fünf davon direkt. Die sozialdemokratisch ausgerichtete Partei «Gerechtes Russland» unter Mironow verlor sieben Prozent, sie kam auf 6,2 Prozent und 23 Mandate, davon sieben direkt. Nur auf jeweils ein Direktmandat kamen «Heimat», die Bürgerplattform sowie ein angeblich Unabhängiger. Die Wahlbeteiligung lag laut Wahlkommission bei 47,88 Prozent. So niedrig wie noch nie. 2011 lag sie bei 60,12 Prozent. Bei keiner nach-sowjetischen Wahl kam man jedoch über 65 Prozent. Nicht dass Jedinaja Rossija gewann, war überraschend, sondern wie klar. Die verfassungsändernde Mehrheit ist für die Partei eine machtpolitische Chance, aber auch neue Gefahr für die Akzeptanz der ohnehin nicht geschätzten Duma. Die Kommunistische Partei und «Gerechtes Russland» wurden auf weniger als die Hälfte eingedampft, selbst Shirinowski ließ Federn. Dieses Abschneiden der parlamentarischen Oppositionsparteien war die zweite und böse Überraschung. Sie belegt deren inhaltliche und personelle Schwäche. Regierungskritik ohne realistische Alternativen und das grenzenlose Bloßstellen aller Konkurrenten überzeugt keinen WählerIn darin, dass die Anderen auch anders sind.

Unter jenen «Anderen», die erneut nicht in die Duma kamen und «nicht-systemische demokratische Opposition» genannt werden, befinden sich neben der sozialliberalen Partei Jabloko und PARNAS (Partei der Volksfreiheit) auch noch eine zweite Kommunistische Partei und die Partei der Rentner. Ein führender PARNAS-Vertreter bekannte, dass die Oppositionsparteien an sich selbst gescheitert seien. Das nach Ermordung des Oppositionspolitiker Boris Nemzov geplante «Wahlbündnis der Demokraten» scheiterte an persönli-

chen Konkurrenzen und dem Streit zwischen den Parteien. Anders als westliche Beobachter achten linke AnalytikerInnen in Russland selbst mehr auf die Provinz, wo politische und soziale Konflikte sichtbar werden. In den moskaufernen Regionen verwandelt sich Unzufriedenheit aber eher in Depression als in Protest.

Parteien in Russland dienen der Bevölkerung traditionell nicht als Ansprechpartner oder politische Plattform, sondern den PolitikerInnen als Raum für persönliche Karriere und Bereicherung. Das stößt WählerInnen ab. Insofern kam die niedrige Wahlbeteiligung von 47,7 Prozent kaum überraschend. Sie belegt auch, dass die einhellige patriotische, nationale bis nationalistische Rhetorik der Duma-Parteien allein kaum WählerInnen motiviert. Nach Umfragen des regierungsunabhängigen Levada-Zentrums im Vorfeld der Wahlen vertrauen ein Drittel der Leute keiner Partei und keinem Politiker. Ein Drittel ist überzeugt davon, dass ihre Stimme nichts bewirkt. Demgegenüber wollen überhaupt nur vierzehn Prozent der Befragten per Wahl ihre politische Position ausdrücken. Russische Parteiführer haben offenbar ein neues Problem: Während man früher Parteien nicht vertraute, erlischt inzwischen mehr und mehr das Interesse an deren Tun. Wahlverweigerung als Protest übten die gut situierten Schichten der Metropolen: In Petersburg wählten nur 33 Prozent, im Moskauer Zentrum nur 35 Prozent, relativ viele stimmen dort für Jabloko. Insofern dürfte die Behauptung vieler KritikerInnen, die geringe Wahlbeteiligung sei durch Administration und Regierung gewollt, nochmal genauer zu untersuchen sein.



WWW.ROSALUX.DE/EVENT/56618

WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42404

KERSTIN KAISER LEITET DAS AUSLANDSBÜRO RUSSLAND, ZENTRALASIEN UND KAVKASUS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MOSKAU

INGAR SOLTY

DSCHUNGEL DER AUSTERITÄT

ÜBER AUSSCHLUSS IM WORKFARE-STATE – KEN LOACHS NEUER FILM «I, DANIEL BLAKE»

Selten kommt es in der Geschichte vor, dass Kunstwerke eine Auswirkung auf die reale Politik, eine Veränderung der Verhältnisse zur Folge haben.

Autonomie der Kunst bedeutet oft genug, dass sie sich in ihrer Sphäre austoben mag, aber doch bitte «frei» bleibe von Politik oder dem Anspruch, Wirklichkeit abzubilden und zu verändern. Ausnahmen gibt es: Wie Upton Sinclairs naturalistischer Roman «The Jungle», der eine Regulierung der Schlachthofindustrie in Chicago zur Folge hatte. Oder auch der Film «Cathy Come Home» des britischen Filmregisseurs Ken Loach über Arbeitslosig- und Obdachlosigkeit im Nachkriegswohlfahrtsstaat rüttelte zwölf Millionen ZuschauerInnen auf und führte zur Gründung von politischen Organisationen im Kampf gegen Obdachlosigkeit.

Mit «Cathy Come Home» begann Loachs Filmkarriere. Massive staatliche Zensurmaßnahmen im Kontext des Kalten Krieges konnten den sozialistischen Filmemacher nur zeitweilig stören. 2014 für sein Lebenswerk mit dem Goldenen Ehrenbären der Berlinale ausgezeichnet, hieß es zeitweilig, «Jimmy's Hall» von 2014 sei sein letzter Film. Jetzt aber hat der 80-jährige Regisseur mit «I, Daniel Blake» einen neuen Film vorgelegt. Auf dem Filmfestival in Cannes wurde dieser – wie schon sein Film «The Wind That Shakes the Barley» von 2006 – mit der Goldenen Palme, dem wichtigsten Preis für den besten Film, ausgezeichnet. Und bereits jetzt hat er eine große Debatte über die Austeritätspolitik der konservativen Regierung des Vereinigten Königreiches ausgelöst.

In Bezug auf Loachs nunmehr fünfzigjähriges Schaffen ist es nicht leicht, Superlative zu benutzen: Viele großartige Filme umfasst sein vielseitiges Werk: Von Arbeiter-(Tragi)Komödien wie «Raining Stones» oder «The Angels' Share» über naturalistische oder sozialrealistische Dramen wie «Ladybird, Ladybird» und «Sweet Sixteen» und politische Historienfilme wie «Fatherland» (über die zwei deutschen Staaten), «Land and Freedom» (über den Spanischen Bürgerkrieg) und «Carla's Song» (über die nicaraguanische Revolution) bis hin zu Dokumentarfilmen wie „A Question of Leadership»,

«The Spirit of 46» bis hin zum Film über den neuen, linken Labour-Parteivorsitzenden Jeremy Corbyn. Dennoch könnte man überzeugend argumentieren, dass Loachs jüngster Film über einen Arbeiter, dem trotz Arbeitsunfähigkeit vom britischen Staat die Sozialhilfe gekürzt wird, sein krönendes (Alters-)Meisterwerk geworden ist: Erbarmungslos naturalistisch in der Darstellung des Dschungels des neoliberalen Workfare-Staates, analytisch-realistisch in der Darstellung seiner spezifischen Funktionsweise und grundlegenden systemischen

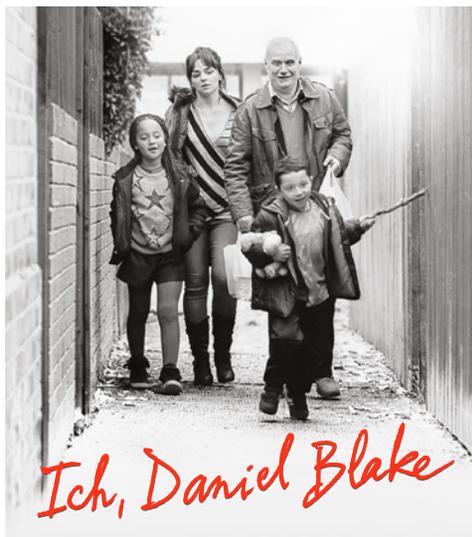


Foto: Promo

(Disziplinar-)Logik. Auch dank zahlreicher Interviews, die Loach und sein langjähriger Drehbuchautor Paul Laverty im Vorfeld des Filmes sowohl mit «Klienten» wie «FallmangerInnen» des Workfare-Staates führten ist er zugleich zutiefst humanistisch in der Darstellung individuellen menschlichen Leidens und Liebens.

Dabei umgeht Loachs Film gekonnt die Fallstricke einer rein viktimisierenden und damit politisch entmachtenden Beschreibung der erwerbslosen ArbeiterInnen. Stattdessen zeigt er auch die Würde der Handelnden auf, in deren Alltag sich eine Form von Solidarität spiegelt, in der die Möglichkeit einer besseren Welt und einer sozialistischen Zukunft aufschimmert. Dabei kulminiert der Film in einer Szene des Selbstrespekt bewahrenden Trotzes, die womöglich Loachs kraftvollste

Szene des symbolischen Widerstands ist. Loach arbeitet mit seiner unverkennbaren Filmtechnik. Dazu gehört, dass er abermals einfache ArbeiterInnen als ProtagonistInnen auswählt und sich an einer realistischen Darstellung von Klassen-Habitus versucht. Erneut spielen Laien-SchauspielerInnen – Dave Johns als Daniel Blake und Hayley Squires als Katie Morgan – quasi sich selbst. Am Rande der, von der Stiftung in Zusammenarbeit mit dem British Council präsentierten, deutschen Preview in Berlin legte Loach dar, dass – mit Ausnahme von zwei SchauspielerInnen – alle «Jobcenter»-Beschäftigten tatsächlich ehemalige MitarbeiterInnen des britischen Workfare-Staates sind, die etwa aufgrund der Anreize, «Klienten» systematisch zu sanktionieren, ihre Jobs gekündigt hatten.

Die Illusion des Realistischen wird zudem dadurch verstärkt, dass Loach wieder mit flexiblen Skripten gearbeitet hat, Dialoge nur bedingt vorgab. Er ließ seine HauptdarstellerInnen im Unklaren über den Ausgang von einzelnen Szenen, um so unverstellte, realistische Emotionen hervorzurufen. Dies gilt etwa für jene Szene, in der eine – ihren Kinder zuliebe hungernde – alleinerziehende Mutter in einer karitativen «Food Bank», wo Lebensmittel an Mittellose verteilt werden, sich plötzlich verschämt zur Seite dreht und eine Dose Bohnen öffnet und gierig deren Inhalt in sich hineinschaukelt – was bei den Umstehenden realen Horror auslöst. Gleiches gilt für eine Prostitutionsszene wie auch für jene Szene, in der Morgan Blake tot – verstorben an einem panischen Herzinfarkt – im Badezimmer des Gerichtsgebäudes zu sehen ist, wo sein Fall neuverhandelt werden soll.

Der Film jedenfalls verwandelt – mit Bertolt Brecht gesprochen – Mitleid unmittelbar in Zorn über ein unmenschliches System. Dieser sei die Voraussetzung dafür, sagte Loach während des Publikumsgesprächs in Berlin, das System zu ändern und fragte das Publikum: «Wie kannst Du ein Mensch sein, wenn Du nicht zornig bist?»

WWW.IDANIELBLAKE.CO.UK

INGAR SOLTY IST REFERENT FÜR FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Besucherinnen der Ausstellung «The Kids want Communism» in den kommunalen Museen von Bat Yam (MoBY) nahe Tel Aviv.

TALI KONAS

DEN ANFÄNGEN NACHSPÜREN

EINE AUSSTELLUNGSREIHE IN ISRAEL SUCHT DIE EINSTIGE SOZIALISTISCHE UTOPIE

Israel besitzt eine reiche Hammer-und-Sichel Tradition. Heute bekennt sich der ursprünglich sozialistische Staat Israel zu Globalisierung und Privatisierung.

Eine Ausstellungsreihe spürt nun dem anfänglichen Kommunismus nach – und will Vorstellungsmöglichkeiten wieder wecken, die mit ihm verschwunden sind. Thomas Morus war einer der ersten Denker, der der Idee des Kommunismus ein eigenes Werk widmete. In seinem 1516 verfassten philosophischen Dialog «Vom besten Zustand des Staates und der neuen Insel Utopia» beschreibt er eine monogame, säkulare und fürsorgliche Gesellschaft, die kommunal organisiert ist, mit Gemeinschaftsküche und ohne Privateigentum. Das Werk verstand sich als Kritik der damaligen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse Europas, insbesondere Englands.

Gut 400 Jahre später war ein Teil der Menschheit endlich bereit, diese Utopie auf die Probe zu stellen. Utopien aber pflegen sich Proben hartnäckig zu widersetzen. Das hat schon im Jahre 1920 Karl Kraus in seinem Fackel-Beitrag zum Tod von Rosa Luxemburg bemerkt: «Der Kommunismus als Realität ist nur das Widerspiel ihrer eigenen lebensschänderischen Ideologie, immerhin von Gnaden eines reineren ideellen Ursprungs, ein vertracktes Gegenmittel zum reineren ideellen Zweck – der Teufel hole seine Praxis, aber Gott erhalte ihn uns als konstante Drohung über den Häuptern jener, so da Güter besitzen und alle andern zu deren Bewahrung und mit dem

Trost, dass das Leben der Güter höchstes nicht sei, an die Fronten des Hungers und der vaterländischen Ehre treiben möchten. Gott erhalte ihn uns, damit dieses Gesindel, das schon nicht mehr ein und aus weiß vor Frechheit, nicht noch frecher werde, damit die Gesellschaft der ausschließlich Genußberechtigten, die da glaubt, dass die ihr botmäßige Menschheit genug der Liebe habe, wenn sie von ihnen die Syphilis bekommt, wenigstens doch auch mit einem Alpdruck zu Bette gehe!»

Erhalten wird dieses «Gegenmittel zum reineren ideellen Zweck» heute von Joshua Simon, Jahrgang 1979, seit 2012 Chef von MoBY (Museums of Bat Yam), den kommunalen Museen von Bat Yam nahe Tel Aviv. Simon ist der Initiator der Ausstellungsreihe, die im Laufe des Jahres 2016 anlässlich des 99. Jubiläums der Oktoberrevolution stattfand. Die einjährige, vom Israel-Büro der Stiftung unterstützte Ausstellungsreihe trägt den Titel «The Kids want Communism» (Die Kinder wollen Kommunismus), der einem Slogan entstammt, den die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) in deutschsprachigen Ländern verbreitete. Ab September 2017 wird die Ausstellung im Künstlerhaus Bethanien in Berlin-Kreuzberg zu sehen sein. Simon erklärt seinen Ansatz anhand der Worte Daniel Bensaïds, einer der bekanntesten Persönlichkeiten der französischen Studentenbewegung: «Von all den Worten, die einst große Träume und enorme Versprechen förderten, hat der Kommunismus

den größten Schaden durch die Art und Weise erlitten, in der er von einer bürokratischen Realpolitik eingenommen und einem totalitären Unternehmen dienstbar gemacht wurde. Jedoch stellt sich immer noch die Frage, ob es unter all diesen zu Schaden gekommenen Worten solche gibt, die es sich lohnt zu reparieren und wieder in Gang zu setzen.» Um diese Frage zu beantworten, lädt die Ausstellung nicht nur zum Nachdenken über die Umstände und Folgen des im 20. Jahrhundert real existierenden Sozialismus ein. Sondern auch dazu die nicht ausgeschöpften Möglichkeiten zu untersuchen: was fast passiert wäre, was nicht passiert ist, was hätte passieren können, was hätte passieren sollen, und was immer noch passieren könnte. Für Joshua Simon ist der Kommunismus «die radikale Negation einer Realität, die Ausbeutung und Ungleichheit zelebriert: Überall, wo Kapitalismus hin geht, bringt er den Kommunismus als die Möglichkeit seiner radikalen Negation mit sich.»

The Kids Want Communism will Vorstellungsmöglichkeiten anregen, die nach dem Verschwinden des Kommunismus verschüttet sind. Die Darstellung weiterer Aspekte der Wirklichkeiten im real existierenden Sozialismus soll das Potenzial utopischen Denkens wecken. Eines der gezeigten Werke ist die große sowjetische Enzyklopädie als kommunistische Antwort auf die Encyclopedia Britannica. Sie wird von der deutschen Künstlerin Nicole Wermers in einer Vitrine, wie bei einem Frühstücksbuffet, präsentiert. Künstler, Wissenschaftler und Besucher sind eingeladen, aktuelle Ereignisse anhand der darin glossierten Begriffe zu interpretieren. Ein Beatles-Song inspirierte die Bilderreihe «Back in the USSR, You Don't Know How Lucky You Are» der «Neuen Barbizon Gruppe» von Natalia Zourabova, Asia Lukin, Zoya Cherkassky und Olga Kundina. Die vier Künstlerinnen stellen neugeschaffene Bilder ihrer Kindheit in der Sowjetunion neben Bilder, die sie als Kinder während der letzten Jahre der UdSSR gemalt haben. Die ursprünglich leidvollen Erfah-

rungen werden hier liebevoll ironisch als süße Erinnerung gezeigt. Ein Blick in die israelische Vergangenheit dokumentiert mit Photographien und Videointerviews die politische jüdisch-arabische Partnerschaft, die noch vor der Staatsgründung innerhalb der Kommunistischen Partei entstehen konnte und bis heute eines der wenigen erfolgreichen Modelle von Gleichheit zwischen Juden und Arabern in Israel ist. Dass eine solche Ausstellungsreihe in Israel entsteht ist kein Zufall. Hier gibt es, wie auch in den Ländern weiterer teilnehmender Kunstinstitutionen aus Tschechien, Ukraine, Griechenland und Slowenien, eine reiche Hammer-und-Sichel Tradition. Hier wie dort, bekennt sich der ursprünglich sozialistische Staat Israel heute zu Globalisierung und Privatisierung. Der anfängliche Kommunismus ist noch zu spüren, aber altmodisch genug, um sentimental vermisst werden zu können. Und doch war es überraschend, bei der Eröffnung einige alte, ex-sowjetische BürgerInnen zu entdecken. Etwa eine Million Menschen wanderten aus der zusammenbrechenden Sowjetunion nach Israel ein. Bekanntlich eher keine Fans des Kommunismus, wollten sie vielleicht Zuschauer ihrer eigenen Vergangenheit sein und selbst erlebte Realität und Traum des Kommunismus durch die Fantasie und die Werke zeitgenössischer Künstler reflektiert sehen. Zur offiziellen Führung hatte sich Direktor Simon einen roten Pionierschlips umgebunden, der sich immer wieder löste. Eine alte Dame, mit einer Art Uschanka auf dem Kopf, sah sich gezwungen den Vortrag zu unterbrechen. «Darf ich bitte?» fragt sie mit stark russischem Akzent. «Aber sicher!» antwortet der Direktor. Eine Minute lang stand er still wie ein Kind, während ihm die Alte den richtigen solidarischen Knoten knüpft.



WWW.ROSALUX.ORG.IL
MOBY.ORG.IL/EN/EXHIBITION/TKWC-A

TALI KONAS IST MITARBEITERIN DES AUSLANDSBÜROS ISRAEL
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN TEL AVIV

FRANK ENGSTER/ANTONELLA MUZZUPAPPA/SABINE NUSS

HISTORISCHE WENDEPUNKTE

ZWEI JAHRE LANG JAGT EIN JUBILÄUM DAS ANDERE – WIE ETWA 150 JAHRE «KAPITAL»

In den Jahren 2017 und 2018 stehen mehrere historisch wichtige Jubiläen an. Ihre Bedeutung für die Kritik an der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und für die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist kaum zu unterschätzen.

Im Jahr 2017 jähren sich «150 Jahre «Kapital» und «100 Jahre Russische Revolutionen». Im Jahr darauf sind es «200 Jahre Marx» sowie «50 Jahre 1968». Es handelt sich um einschneidende Ereignisse, die jeweils für die Gesellschaftskritik zu Wendepunkten wurden, sodass sich mit den Ereignissen bestimmte historische Sequenzen dieser Kritik unterscheiden lassen.

Diese Konstellation bietet die einmalige Gelegenheit, sich über die Etappen einer «Kritik nach Marx», über den aktuellen Stand der Marx-Diskussion und die Situation von Gesellschaftskritik insgesamt zu verständigen. Denn natürlich geht es um mehr als das jeweilige historische Datum und die Feier seiner runden Wiederkehr: Es geht um die Aufarbeitung und Vergegenwärtigung, um die Aktualität und Aktualisierung des jeweiligen Ereignisses. Und es geht darum, diese Aufarbeitung und Aktualisierung im Zuge einer Art Selbstverständigung «nach vorne» zu wenden: Was ist die Aufgabe

einer Kritik nach Marx? Im Zuge dieser Selbstverständigung wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung das Multimediaprojekt marx200.org aufgebaut. Es basiert auf einer Webseite, die im ersten Quartal 2017 online gehen soll und zunächst die drei Jubiläen «150 Jahre «Kapital», «200 Jahre Marx» und «100 Jahre Russische Revolutionen» thematisch aufarbeitet und die Aktivitäten und Diskussionen rund um die Jubiläen begleitet.

Zu den Jubiläen werden die jeweiligen Veranstaltungen dokumentiert: Konferenzen, Ausschreibungen, Veranstaltungen, Ausstellungen, Kunstprojekte, Festakte, Filme. Zudem werden eigene Filme mit Interviews und Statements zu Marx und zum «Kapital» sowie eigene Texte produziert; Hintergrundinformationen werden graphisch dargestellt, so etwa eine Zeitschiene zu Leben und Werk von Marx und eine kommentierte Dokumentation aller existierenden Fotos von ihm und seiner Familie.

Ein Marx-O-Mat soll ähnlich dem Wahl-O-Mat dem Nutzer Selbstauskunft darüber geben, welcher Marx-Typ er oder sie ist. Auch ein Twitter Account #marx200 wurde bereits eingerichtet und twittert seit Anfang des Jahres in einer Chronologie täglich Marx'

Aktivitäten des jeweiligen Tages. Darüber hinaus werden Kooperationen eingegangen, zum einen mit Projekten zu den Jubiläen aus den Bereichen Kunst, Wissenschaft und Politik und zum andern mit ähnlichen Webseiten.

Natürlich werden auch die eigenen Aktivitäten vorgestellt, die von Seiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Rahmen von marx200 geplant sind, vor allem von den Auslandsbüros und den Landesstiftungen. In Berlin ist unter anderem im Oktober 2017 eine erweiterte Marx-Herbstschule rund um «150 Jahre «Kapital»» geplant mit drei großen, international besetzten Abendveranstaltungen und einer Abschlusstagung zur internationalen Marx-Forschung. Allerdings soll die Webseite über die Jubiläen hinaus funktionieren und dafür vor allem Marx' Leben, Werk und Wirkung sowie das Kapital präsentieren.

Dazu gehören die Primärtexte von Marx (und Engels), zu denen Links leiten werden, und «sekundäre» Texte wie Vorworte, etwa zum «Kapital» oder zum Kommunistischen Manifest. Als dritte Ebene sollen die Debatten und Theorien zu Marx und zum «Kapital» präsentiert werden. Hier gilt es zu versuchen, was bislang auf einer Webseite noch nicht unternommen und wegen des Umfangs der Aufgabe auch in der Wissenschaft und in der Literatur kaum in Angriff genommen wurde: Die Abbildung der gesamten Theoriegeschichte und der Debatte zu Marx und zum «Kapital». Diese Aufgabe wird aufgrund der ebenso langen wie weltweiten, ebenso wechselhaften wie umstrittenen und umkämpften Geschichte der ständigen Verbesserung und Aktualisierung bedürfen.

Ziel von marx200.org ist, eine dauerhafte Präsenz einzurichten, die ständig aktualisiert und stetig ausgebaut und verbessert wird. Denn im Zuge des Aufbaus der Webseite und des Sammelns von «Content» ist uns aufgefallen, dass es keine Webseite gibt, die Marx' Leben, Werk und Wirkung breit und umfassend und zugleich möglichst plural und offen abbildet. Sowohl der Anlass – das Zusammentreffen der wichtigen Jubiläen – als auch das generelle Fehlen einer solchen Webseite sind also ein Grund, die verschiedenen Aktivitäten rund um die Jubiläen gebündelt zu präsentieren, eine Aufarbeitung rund um Marx und das «Kapital» in Angriff zu nehmen und die zerstreuten Theorien und Diskussionsstränge im Bereich des Marxismus sowie dessen wechselvolle Geschichte zumindest rein organisatorisch zusammenzuführen um, kurzum, einen umfassenden «Service» anzubieten.

Die Struktur der Webseite ist zweisprachig, deutsch und englisch. Auch eine Vielzahl der Texte und der verlinkten Seiten wird in Englisch (und in weiteren Sprachen) angeboten. Die Eröffnung der Webseite soll möglichst niedrigschwellig und einladend gehalten sein und ein breites Publikum adressieren. Die Seite selbst ist dann so aufgebaut, dass für jedeN etwas dabei ist: von ZufallsbesucherInnen über Interessierte und Studierende bis hin zu WissenschaftlerInnen und Marx-ExpertInnen. Auch wenn marx200.org als langfristiges und kontinuierliches Projekt angelegt ist, wird sie immerhin die erste Webseite dieser Art sein. Auch einen Twitter-Hashtag gibt es bereits: #marx200.

 [HTTP://MARX200.ORG](http://marx200.org)
[WWW.DAS-KAPITAL-LESEN.DE](http://www.das-kapital-lesen.de)

FRANK ENGSTER IST PROJEKTMITARBEITER DER HELLEN PANKE – ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG BERLIN. ANTONELLA MUZZUPAPPA IST REFERENTIN FÜR POLITISCHE ÖKONOMIE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. SABINE NUSS LEITET DEN BEREICH POLITISCHE KOMMUNIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

GERHARD DILGER

EIN FILM ALLEIN HILFT NICHT

FALL DER FOLTERSEKTE «COLONIA DIGNIDAD» IN CHILE NICHT ABGESCHLOSSEN

Vergangenheit, die nicht vergehen will: Opfer der Foltersekte Colonia Dignidad in Chile und ihre Angehörigen fordern Aufklärung und machen der Bundesregierung Druck.

Denn trotz aller Bemühungen ist die Bundesregierung weit davon entfernt, das Thema Colonia Dignidad souverän zu meistern. Der Staatsbesuch von Bundespräsident Joachim Gauck in Chile im Juli 2016 geriet zum medialen Desaster – obwohl Regisseur Florian Gallenberger als Teil der Delegation seinen vieldiskutierten Spielfilm «Colonia Dignidad – Es gibt kein Zurück» im chilenischen Präsidentenpalast zeigen durfte. Nach einer kleinen Anfrage und Fragen des Bundestagsabgeordneten Jan Korte im Juli sowie steigendem Druck aus Chile bleibt die Bundesregierung im Zugzwang. Gallenbergers Film hatte eine breite Debatte über die 1961 gegründete Deutschen-Sekte ausgelöst, in der es zu Kindesmissbrauch kam und die in der Pinochet-Diktatur ein Folterlager des chilenischen Geheimdienstes beherbergte. Im April kündigte Frank-Walter Steinmeier die Aktenöffnung von diesbezüglichen Dokumenten des Auswärtigen Amtes von 1986 bis 1996 an. Bis in die 1980er Jahre hätten deutsche Diplomaten bestenfalls weggeschaut – jedenfalls zu wenig für den Schutz ihrer Landsleute in dieser Kolonie getan. Steinmeier räumte ein, dass in den Siebziger Jahren «die Wahrung der Menschenrechte auf anderen Kontinenten nicht zentraler Gegenstand in der Außenpolitik der Europäer» war. Dann jedoch bestritt er eine «Verantwortung für das Unwesen, das Paul Schäfer und seine Spießgesellen trieben, teilweise in Verbindung mit den Militärs und Diktatoren.»

Auch Gauck fand Worte des Bedauerns, empfing aber keine Opfer und stellte klar, «was die deutsche Regierung sicher nicht tun wird: irgendwelche Wiedergutmachungsansprüche akzeptieren». Das dicke Ende kam zum Empfang in der deutschen Botschafterresidenz. Die Diplomaten hatten zwei Figuren aus dem derzeitigen Führungszirkel der «Villa Baviera», wie sie nun heißt, eingeladen: den wegen Kindesmissbrauch und -entziehung verurteilten Reinhard Zeitner sowie Hans Schreiber, der den rund 140 verbliebenen Siedlern Teile des Geländes zur Selbstnutzung angeboten hatte – unter der vertraglich fixierten Bedingung, über die Vergangenheit zu schweigen. Auf die Kleine Anfrage der LINKEN-Fraktion räumte die Bundesregierung jetzt ein, dass der Bundesnachrichtendienst bereits 1966 Kenntnis von «KZ-ähnlichen Methoden» in der Colonia Dignidad hatte. Zwei Rechtsanwälte bereiten Entschädigungsklagen vor, und der Berliner Forscher Jan Stehle fordert eine Einbeziehung aller Betroffenen, also auch der gefolterten und ermordeten ChilenInnen und deren Angehörigen: «Die Menschenrechte sind unteilbar. Beide Staaten tragen eine gemeinsame Verantwortung für alle Opfer».

 [WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42472](http://www.rosalux.de/publication/42472)
[ROSALUXSPBA.ORG/DE/DER-SCHATTEN-DER-KOLONIE](http://rosaluxspba.org/de/der-schatten-der-kolonie)

GERHARD DILGER LEITET DAS AUSLANDSBÜRO CONO SUR UND BRASILIEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN SÃO PAULO/BRASILIEN

ELEONORA HAN

REPRODUZIERTE KLISCHEES

INSZENIERTE BILDER PRÄGEN UNS MEHR ALS DIE REALITÄT – ZUMAL IN GENDERFRAGEN

Ist es Kindern eindeutig klar, dass die Trickfilmfigur Wickie ein Junge ist? Wieso bekommt Claudia Neumann als ZDF-Sportreporterin einen Shitstorm ab, wenn Sie ein EM-Fußballspiel kommentiert? Wie viele transsexuelle Nachrichtensprecher*innen gibt es eigentlich?

Wie stark die Schablonen der Medienwelt unsere Sicht der Dinge prägen, was als «normal» anerkannt wird und gilt, ist uns oft nicht bewusst. Wie Franz Kafka schon sagte: «Es ist doch etwas äußerst quälendes nach Gesetzen beherrscht zu werden, die man nicht kennt.»

Mediale und soziale Kommunikation ist eine Mitgestalterin unserer Gesellschaft und Identitätsentwicklung. Die Medialität ersetzt gar die Realität. In Szene gesetzte Bilder haben eine stärkere Prägung, als die reale Situation, die uns umgibt. Die Kategorie des sozialen Geschlechts schwingt dabei in jeder Form von Kommunikation mit. Unbewusst eignen wir uns im Alltag durch unser Umfeld und die mediale stereotype Inszenierung von Gender bestimmte Vorstellungen an. Besonders die bipolare Kategorisierung von Geschlecht beherrscht die mediale Branche und somit unser Denken. Nicht nur die sozialen Rollen, sondern auch die mediale Vermittlung tragen zum klassifizierten Denken bei. Standardisierungen, Vereinfachungen und Übertreibungen werden schneller wahrgenommen als eine Bandbreite unterschiedlicher Typen. Selbstverständlich bringen Medienschaffende subjektive Vorstellungen mit ein, ob durch Bildauswahl, Positionierung oder Präsenz: Klischees und Stereotypen bilden und reproduzieren sich. Und die Medienrezipienten lassen sich mit Zuschreibungen berieseln. Christiane Ketteler und Kerstin Stakemeier bezeichnen es auch als die «Sexualisierung der Ware», denn «die substanzlosen Identitäten, Männlichkeit und Weiblichkeit, sind nur bequeme Werkzeuge zur spektakulären Verwaltung von Beziehungen. Sie sind Fetische, die für die Zirkulation und den Konsum anderer Fetische notwendig sind.»

Hauptsächlich bedient die Medienwelt sich an marginalisierten Elementen der traditionellen Gesellschaft. Die Frau als das

«andere» Geschlecht steht dabei an erster Stelle. «Eine unangemessene Polarisierung, die vermeintlich ›Weibliches‹ bzw. ›Männliches‹ stereotypisiert und die empirisch vorhandene Vielfältigkeit verdeckt, ist dabei in der Forschung ebenso zu vermeiden wie eine unangemessene Stigmatisierung von Mädchen als Defizitgruppe», sagt Maya



UNSENSIBEL Um Diversität in Geschlechterfragen ging es bei der Linken Medienakademie unter dem Titel «Gendermania» Ende August in Berlin. Das Fazit: Zwar gibt es mehr Sichtbarkeit und auch Ansätze, Diversität adäquat in Presse, Funk, TV und Internet darzustellen. Sprache und Bilder aber werden in Genderfragen oft weiterhin unsensibel und klischeehaft verwendet. Es gibt noch viel zu tun, um Diskriminierungen entgegenzutreten.

Goetz vom Internationalen Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen über den Sexismus der Medienwelt

Frauen werden zur Blickfangwerbung genutzt und die äußerliche Attraktivität dient zur reinen Dekoration und Ästhetik. Sie gel-

ten als Abweichung vom männlichen «Normalfall». Das funktioniert aber nur, wenn die Gesellschaft Geschlechterklischees weiterhin akzeptiert.

In diesem Jahr ist die Bewegung des Feminismus und LSBTQI* größer als je zuvor. Dass die Medienbranche darauf reagiert, war zu erwarten. Unternehmen wie AirBerlin schmücken sich mit dem Regenbogenimage oder das Textilhandelsunternehmen H&M bringt einen Werbefilm heraus: Muskeln, Falten und Achselhaare sind zu sehen und sorgen ausnahmsweise für Begeisterung im Netz – vor allem bei Frauen.

Das Glück der Frauen wird nicht nur auf Schlankeheit, makellose Gesichter und langes, gesundes Haar reduziert. Ob man applaudieren soll, dass der feministische Gedanke und die Gendervielfalt nun an die Masse herangetragen werden? Oder wird die Bewegung des Feminismus schlicht als Ware instrumentalisiert?

Denn die Werbemacher nutzen einen gesellschaftlichen Trend, um die Masse anzusprechen. Zugleich setzen sie weiterhin auf die stereotype Frau als Zielgruppe. Trotz aller Kritik: Es gibt einen Wandel und alte Stereotype werden verändert und ausdifferenzierter präsentiert, da auch das Publikum unterschiedliche Meinungen und Bedürfnisse hat. Das Geschlecht ist offensichtlich ein Bestandteil der Gesellschaftskritik.

Es geht weiterhin darum, Diskriminierungen jeglicher Art sichtbar zu machen, vorherrschende Machtstrukturen aufzudecken und sich der ideologischen Einflüsse bewusst zu sein. Denn «nur wer in der Lage ist, die ihm oder ihr zugeordnete Rolle abzulegen, das eigene Denken von internalisierten Weiblichkeits- und Männlichkeitsmustern zu befreien in der Folge gesellschaftliche Machtverhältnisse infragezustellen, kann auch einigermaßen sexuell selbstbestimmt und ohne die alten, tradierten Geschlechterklischees im Kopf sein Leben gestalten», wie die Autorin Margarete Stokowski betont.



WWW.LINKEMEDIENAKADEMIE.DE
WWW.ROSALUX.DE/KULTUR-MEDIEN

ELEONORA HAN STUDIERT AN DER UNI KOBLENZ UND HAT EIN PRAKTIKUM BEI DER LINKEN MEDIENAKADEMIE IN BERLIN ABSOLVIERT



Bei einem «Nein!» allein darf es nicht bleiben, wenn eine gesellschaftliche Transformation gelingen soll. Foto: Pixabay

MARIO CANDEIAS

TRANSFORMATION 2.0

WIE KRITISCHE FORSCHUNG DEN GESELLSCHAFTLICHEN UMBRÜCHEN GERECHT WIRD

Wir hatten es vorhergesagt: Wir leben in bewegten (Krisen-)Zeiten. Die Ereignisse und politischen Wendungen überschlagen sich, man kommt kaum noch hinterher, geschweige denn voraus.

Wir erleben kleine Siege und große Niederlagen. Und auch für eine sozialistische Transformationsforschung, wie wir sie am Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu entwickeln versuchen, stellen sich unbequeme Fragen. Im Jahresbericht der Stiftung 2013 ist zum Selbstverständnis des Instituts zu lesen: «Das IfG verfolgt explizit keine akademische Ausrichtung, sondern eine politisch-strategische. Sein Nutzen bemisst sich an der politischen Wirkung.» Ein Fall überpolitisierter Wissenschaft also? Oder gar des Dezisionismus einfachen «Partei»-Ergreifens als Maß wissenschaftlicher Wahrheit? Keineswegs.

Manchmal fällt es schwer, mit der Kultur, dem Stand und der hohen Entwicklungsdynamik der Wissenschaft mitzuhalten und so die dort herrschende Münze – wissenschaftliche Anerkennung – zu ernten. Wir stehen unter dem Druck der unterschiedlichen und wechselnden politischen Praxisfelder, mit denen wir interagieren und die überwiegend operative Flexibilität und rasche kommunikative Präsenz vorziehen. Doch umgekehrt kann die Wissenschaft oft nur schwer mit der Geschwindigkeit gesellschaftlicher Umbrüche

und der Notwendigkeit strategischer Reorientierungen mithalten. Ein anderes Wissensformat ist gefragt, das mit diesem Widerspruch zurechtkommt: Es geht um das transformative Wissen, das auf emanzipative, selbstermächtigende Praxis aus ist. Ein Format, das die Praxen des Mosaikbildens befördert, analysiert, reflektiert, auch strategisch initiiert und zuweilen organisiert. Damit sitzt man zwischen allen Stühlen – ein Wagnis, weil man bekanntes Terrain verlassen muss.

Zunächst konzentrierten wir uns auf strategische Analyse der Weltwirtschaftskrise ab dem Jahr 2008, arbeiteten an Szenarien möglicher Folgen und politisch-ökonomischer Verschiebungen und an Analysen politischer Projekte der Krisenbearbeitung. Auf diese Weise sollten eigene strategische Antworten gewonnen und mögliche Bündnispartner identifiziert werden. Wir betonten die Offenheit der Situation, entwarfen mögliche Wege der Transformation, skizzierten aber auch die Möglichkeit einer autoritären Schließung. In der organischen Krise des Neoliberalismus geht die Hegemonie des Blocks an der Macht verloren. Es bleibt aber seine Dominanz. Autoritär und unerbittlich betreibt er die Vernichtung der Alternative – und zerstört gerade damit jede Möglichkeit auf eine Rettung des Gedankens europäischer Einigung. Es geht nicht mehr um gemeinsame Konsensfindung, gepanzert mit Zwang, im Sinne eines

hegemonialen Projekts. Es geht um einen Hegemonismus, der nicht einmal Haushaltskonsolidierung oder Wettbewerbsfähigkeit, sondern vor allem Strukturreformen erzwingen will, gegen jeden Widerstand. Transformation wird blockiert.

Natürlich ist die Krise nicht gelöst, die Widersprüche brechen immer wieder auf. Gerade war Griechenland unterworfen worden, schon hob eine Bewegung von Geflüchteten das Dublin-Abkommen auf und säte Zwist im europäischen Machtblock. Auch die «Gefahr» einer linken Regierung in Spanien oder einer erneuerten Sozialdemokratie in Großbritannien verbreiten nervöse Gegenreaktionen, während der Rechtspopulismus grassiert. Bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich entscheidet sich, ob die EU überhaupt noch eine Chance hat. Die Situation ist nicht geschlossen. Aber eine Transformationsperspektive fällt zunehmend schwerer. Der Blick auf die Subjekte der Transformation war eine wichtige Verschiebung in unserem Herangehen. Mit viel Aufwand haben wir Formen und Probleme des Reorganisierens der gesellschaftlichen Linken in zahlreichen Ländern und über Ländergrenzen hinweg untersucht. Dabei ging es uns immer auch um den produktiven Umgang mit Differenzen. Wie lassen sich quer zu festgefahrenen Positionen verbindende Strategien entwickeln?

Es genügt nicht, die verbindende Strategie zu formulieren. Geschieht dies nicht gemeinsam, bleibt sie wirkungslos. Das Mosaik muss aktiv zusammengebracht werden, immer wieder, es muss produziert, ja organisiert werden, um neben einem besseren Verständnis für Differenzen das Gemeinsame hervorzubringen. Auch das ist eine Aufgabe, welche die Herausbildung eines spezifischen Wissens erfordert, eines neuen Typs von Intellektuellen, die wir versuchsweise Vermittlungsintellektuelle nennen. IfG und Stiftung sind damit auch ein spezifischer Ort, um politische Räume der Organisation einer gesellschaftlichen Linken zu schaffen. Das

überschreitet, was man üblicherweise mit politischer Bildung oder wissenschaftlicher Transformationsforschung verbindet. Solche verbindenden Praxen sind dabei selbst wieder Gegenstand von kritischer Reflexion und verallgemeinernder begrifflicher und theoretischer Arbeit.

Doch auch eine Verbindung mit den aktiven Teilen der Bevölkerung und linken Organisationen und Bewegungen reicht nicht aus. Die Aushöhlung der sozialen Demokratie führt zur klassenspezifischen Entmutigung des sogenannten abgehängten Prekariats – eine Teilnahme an demokratischer Willensbildung erscheint angesichts mangelnder Einflussmöglichkeiten als wenig erfolgversprechend. Wie erreichen wir jene, die von Politik nichts mehr erwarten und auch keine schlaun Transformationstexte lesen? Hier gilt es noch einen Schritt weiter zu gehen und Ansätze eines Transformative Organizing experimentell zu entwickeln und solches Wissen systematisch aufzubereiten. Also dort hinzugehen, wo die Abgeschriebenen sind, eine aufsuchende Praxis zu entwickeln – mit dem Ziel, aus diesen Erfahrungen heraus systematisch und massenhaft Transformative Organizer auszubilden, eine Bewegungsschule für Vermittlungsintellektuelle zu schaffen, wenn man so will.

Im besten Falle wäre dies eine Überforderung – zunächst einmal ist es ein notwendiger Schritt. Hier stehen wir noch ganz am Anfang, Ressourcen und Prioritäten müssen neu justiert werden. Mit einer solchen Verbindung von eingreifender Forschung und verbindender Praxis, von Transformative Research und Transformative Organizing, bewegen wir uns in einem Widerspruch, mit dem wir erst lernen müssen umzugehen.

 WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42031
WWW.ROSALUX.DE/STIFTUNG/IFG

MARIO CANDEIAS IST DIREKTOR DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

RONALD HÖHNER / STEFAN KALMRING

BILDUNG GEFÄHRLICH MACHEN

DER «CAMPUS FÜR WELTVERÄNDERNDE PRAXIS» SOLL DAS LINKE MOSAIK FORMEN

Viele politische Aktive sind SpezialistInnen auf ihrem Feld. Doch oft fehlt es an Selbstreflexion und konkreter Praxis, um eine Perspektive einzunehmen, die darauf zielt, die Gesellschaft im Ganzen zu ändern.

Mit dem «Campus für weltverändernde Praxis» versucht die Rosa-Luxemburg-Stiftung, dies seit dem Herbst zu ändern. Neun Monate lang werden Aktive aus verschiedenen Teilen des linken Mosaiks miteinander und voneinander lernen. «Was tun? Und wer zur Hölle tut es?» fragte schon David Harvey, der berühmte marxistische Geograph. Die Frage ist weiterhin aktuell. Ob Klimawandel, die soziale Spaltung der Gesellschaft, schlechte Arbeitsbedingungen, der prekäre Zustand des Care-Sektors oder ein tiefgreifender Alltagsrassismus – politisch Engagierte nehmen viele Themen zum Ausgangspunkt, um von links an den Fundamenten bestehender Verhältnisse in der BRD und Europa zu rütteln. Breiter noch wird die Palette, wenn eine globale Perspektive eingenommen wird. Die Beharrlichkeit mit der Kriege, Hungersnöte, Landkonflikte und autoritäre Regierungsformen immer wieder auftreten, legt nahe, dass es sich nicht um zufällige Erscheinungen handelt, sondern sie im

marktradikalen Kapitalismus selbst wurzeln. Ein transformativischer Aktivismus zielt deshalb von seinem Anspruch her aufs Ganze der Gesellschaft. Viele linke Gruppen in Parteien, Gewerkschaften, NGOs oder sozialen Bewegungen haben sich ein beachtliches Spezialwissen angeeignet. Sie wissen gut mit Daten, Fakten und politischen Theorien umzugehen, können Kräfteverhältnisse einschätzen und kennen sich mit juristischen und politischen Prozessen aus. Sie können in politischen Auseinandersetzungen erfolgreich intervenieren. Eine hohe Projekt-, Kampagnen-, Medien- und Mobilisierungsfähigkeit hilft ihnen, Themen zu setzen, Debatten zu beeinflussen und einzelne konkrete Ziele durchzusetzen. Doch Stärken und Schwächen liegen dabei nahe beieinander. Häufig bleibt unklar, ob und wie sich der eigene Tagesaktivismus in eine längerfristige Transformationsperspektive einfügt. Dies entkräftet keineswegs Erfolge, die errungen werden. Es ist politisch bedeutsam, wenn ein Projekt der «Willkommenskultur» Früchte trägt und die Lebenssituation von Flüchtlingen vor Ort spürbar verbessert wird, wenn eine kleine Anfrage im Parlament die gewünschte Öffentlichkeit erzielt oder wenn eine betriebliche Kampagne gegen

Leiharbeit gewisse Formen von Prekarität zurückdrängen kann. Wird das eigene Engagement aber mit dem Anspruch versehen, Herrschaftsweisen grundsätzlich in Frage zu stellen, so bleibt die Frage, ob sich das eigene Engagement tatsächlich in die Perspektive einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung eingliedert oder ob dieser Zusammenhang nur im Kopf hergestellt wird. Wer die globale Erwärmung stoppen will, muss über eine einzelne Anti-Kohle-Kampagne hinaus denken. Sie muss dafür in einer längeren Kette von politischen Maßnahmen stehen, die sich aufeinander beziehen. Gerade das fällt in der Praxis häufig schwer. Die Hektik des Alltagsgeschäfts bietet wenig Raum für strategische Betrachtungsweisen und Handlungen. Wo sie bestehen, wirken sie selten bis auf die Mühen der Ebene zurück. Die Selbstverständlichkeit mit denen einzelne Spektren der politischen Linken zudem auf immer ähnliche politische Routinen, Weltansichten und politische Methoden zurückgreifen, legt nahe, dass sie unter ihrem Potential bleiben und nur einen Ausschnitt der Spannweite politischer Eingriffsmöglichkeiten überblicken. Auch hier zeigt das Fehlen von Selbstreflexion, die es ermöglicht, Gewissheiten zu hinterfragen und die Widersprüchlichkeiten des eigenen Handelns zu reflektieren. Wie etwa soll man als NGO-AktivistIn damit umgehen, dass man den neoliberalen Kapitalismus ins Visier nehmen will, eben dieser aber darauf angewiesen ist, dass zivilgesellschaftliche Akteure – wie man selbst – aktiv soziale oder ökologische Regulierungsaufgaben übernehmen? Welchen Weg soll man als BürgerrechtsaktivistIn einschlagen, wenn man für die eigene politische Projekt- und Basisarbeit auf die Gelder eben jener angewiesen ist, die man kritisiert? Es fehlt an Raum für kritische Selbstbestimmungen, es mangelt an wechselseitigem

Austausch. Partei-, Gewerkschafts-, NGO- und Bewegungsaktive fallen systematische wechselseitige Bezugnahmen abseits einzelner Anlässe schwer. Trennendes scheint eine größere Rolle zu spielen als Verbindendes. So bleibt die Chance vertan, Wissen und Fertigkeiten der anderen zu nutzen, Stärken zu bündeln.

Die Stiftung hat im Herbst mit dem «Campus für weltverändernde Praxis» ein Bildungsformat aufgelegt, das eben hier ansetzt. Es stellt Räume für Selbstreflexion und Austausch bereit und soll zugleich Modelle politischer Strategienbildung von links vermitteln. 50 Teilnehmende aus unterschiedlichen Bereichen des linken Mosaiks werden gemeinsam Projekte entwickeln. Während sich die einen schwerpunktmäßig in mehreren Wochenend-Modulen mit «Strategien für's Weltverändern!» beschäftigen, werden sich andere die Frage stellen wie mosaikfähige Strukturen und Kommunikationsweisen entwickelt werden können, die einen produktiven Umgang miteinander ermöglichen. Zusätzlich gibt es mehr als zehn thematische Exkurse an je einem Wochenende: Von «Transformative Organizing», über «Kritische Medienarbeit» bis zur «Solidarischen Ökonomie». Nach Howard Zinn soll Bildung gefährlich sein: Sie soll dazu beitragen, Ungleichheit und Herrschaft in all ihren Formen herauszufordern. Auch der «Campus für weltverändernde Praxis» hat sich einem solchen Anspruch verschrieben und macht die Herausforderungen und die Fragestellungen, denen AktivistInnen begegnen, selbst zum Gegenstand von Bildung.



WWW.ROSALUX.DE/STIFTUNG/AFPB/POLITISCHE-WEITERBILDUNG
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42409

RONALD HÖHNER UND STEFAN KALMRING SIND REFERENTEN FÜR WEITERBILDUNG IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

STEFANIE KRON/FLORIAN WILDE

HAFENROMANTIK ADIEU

REISE ZU EUROPÄISCHEN GÜTERHÄFEN VERDEUTLICHTE DEREN WANDEL

Einst waren Güterhäfen verruchte und rebellische Orte – heute sind daraus menschenleere Marktplätze der Globalisierung geworden, wie eine Bildungsreise zu den Häfen in Berlin, Duisburg und Rotterdam zeigte.

Als Orte von Revolutionen und Rebellionen bezeichnen Peter Linebaugh und Marcus Rediker Häfen in ihrem 2008 erschienenen Buch «Die vielköpfige Hydra.» So bildeten Seeleute, Hafentarbeiter, Sklavinnen und Sklaven während des 18. Jahrhunderts einen «bunt-scheckigen Haufen», schreiben die beiden Sozialhistoriker, der spontane und geplante Rebellionen in englischen und nordamerikanischen, afrikanischen und karibischen Hafenstädten im gesamten atlantischen Raum in Gang setzte. Hierzu gehörten die Streiks und Aufstände von Seeleuten und Hafentararbeitern in Liverpool 1775 sowie in den Hafenvierteln in Boston, Newport und Norfolk gegen die so genannte Pressung, die Zwangsrekrutierung von Seeleuten. Auch in vielen anderen historischen Darstellungen erscheinen Häfen und Hafenviertel als pulsierende, kosmopolitische und oft verwegene Orte, an denen Arbeiter und Arbeiterinnen, Reisende und Geschäftsleute aus der ganzen Welt aufeinander trafen. Heute sind Häfen mehr denn Schnittstellen zwischen nationalen und transnationalen Wirtschaftsräumen. Laut Jörn Boewe, Journalist und Mitorganisator der Reise, ist inzwischen jeder fünfte Arbeitsplatz Teil ei-

ner transnationalen Produktionskette. Man könnte annehmen, dass Seeleute und Docker eine besondere strategische Macht besitzen, weil sie auf zentralen Transportwegen und an den Schnittstellen von Logistik und globalen Güterketten beschäftigt sind.

Die Frage nach aktuellen Arbeitsbeziehungen und sozialen Konflikten in der europäischen Hafenwirtschaft und Seeschifffahrt stand daher im Mittelpunkt der Informations- und Vernetzungsreise «Auf umgekehrten Güterwegen. Von Berlin bis an die Küste». Die Reise wurde vom Arbeitszusammenhang «Organisierung und Solidarität in transnationalen Produktionsketten» der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert. Die Route führte die insgesamt 13 TeilnehmerInnen vom Berliner Westhafen nach Duisburg zum größten Binnenhafen Europas, schließlich nach Rotterdam, einem der zehn größten Seehäfen der Welt. Der erste und stärkste Eindruck beim Besuch der drei, ansonsten sehr unterschiedlichen, Hafenstandorte, war ein Abschied von der romantischen Vorstellung pulsierender Orte: Häfen sind heute menschenleere Orte, an denen einem neben Schiffen vor allem viele hochmoderne Anlagen zum Transport, Lagern und Umschichten von Gütern begegnen. Inmitten der Hafen- und Lageranlagen des Berliner Westhafens, in dem insgesamt 180 Menschen arbeiten, betreibt Frau Violeta noch einen Imbiss mit selbst gemachten Buletten und Salaten. In den Duisburger Hafenanlagen



Das Ausflaggen von Containerschiffen perfektioniert Lohndumping und prekäre Arbeitsverhältnisse in der globalen Lieferkette. Foto: Jörn Boewe/Flickr

und dem gigantischen Gelände des Rotterdamer Hafens finden sich hingegen weder Restaurants oder Bars noch Einkaufsmöglichkeiten. In Rotterdam verlassen die häufig aus Südostasien stammenden Besatzungen aufgrund der EU-Einreisebestimmungen auch während der Ladearbeiten nicht die Containerriesen. Händler und Ärzte kommen zu ihnen, um sie mit dem Nötigsten für die monatelangen Aufenthalte auf See zu versorgen.

Die Logistifizierung der Hafendarbeit und die Digitalisierung der Logistik verändern rasant Profile und Bedingungen der Arbeit in den Häfen. Komplett automatisierte Containerterminals wie etwa das nagelneue Maasvlakte II in Rotterdam haben hier Modellcharakter. Während Rotterdam die Verteilerscheibe für Erz, Kohle und Erdöl in Europa ist, funktionieren die Duisburger Häfen, schreibt Christoph Spehr, Journalist aus Bremen und Reisetilnehmer, in der aktuellen «Waterkant», als «Hinterland-Hub, die einen erheblichen Teil der Güter, die in Rotterdam ankommen, auf dem Kontinent verteilt». Darüber hinaus verfügt Duisburg über eine oft als «neue Seidenstraße» bezeichnete direkte Güterzugverbindung nach China, was die Stadt zu einer Art chinesischen Nordseehafen macht. Vor allem aber handelt es sich um eine Logistikkreuzung: Die Flächenvermietung an etwa 300 private Logistikunternehmen ist eine der wichtigsten Einkommensquellen für die öffentliche Hafengesellschaft DuisPort. Die Mehrheit der 36.000 Beschäftigten in den Duisburger Häfen und die 60.000, die in Rotterdam arbeiten, sieht man allerdings ebensowenig wie die Seeleute der Handelsschiffe.

Wo sollte man sie auch treffen können, wenn es in modernen Hafenanlagen nicht einmal eine Kneipe gibt? Die gewerkschaftliche und betriebliche Organisation sind dementsprechend schwierig

und schwach ausgeprägt, Lohndumping und prekäre Arbeitsverhältnisse sind an der Tagesordnung. Dazu gehört auch die Praxis zahlreicher Reedereien, ihre Schiffe in Länder auszuflaggen, die niedrigere Sozialstandards aufweisen als viele Industriestaaten.

Eine Ausnahme bildet hier die Arbeit der «Internationalen Transportarbeitergewerkschaft» (ITF), der auch ver.di angehört. Die von der ITF bereits 1948 gestartete Billigflaggen-Kampagne wendet sich gegen das Sozialdumping auf hoher See durch Ausflaggung. Klaus Schröter ist Leiter der ITF-Billigflaggenkampagne. Er berichtete, die ITF habe inzwischen 12.800 Tarifverträge auf Handelsschiffen durchgesetzt. Sie garantieren den Seefahrern unter anderem 1.600 US-Dollar Mindestlohn. Das ist weniger als die Industrieländer zahlen, aber deutlich mehr als auf Schiffen ohne Tarifvertrag. Das wichtigste Durchsetzungsinstrument der ITF ist die Hafenabfertigung: Schiffe ohne Vertrag werden nicht oder zu langsam abgefertigt. Dafür sorgen Menschen wie Koen Keehnen, Docker in Rotterdam oder Hamani Amadou, ITF-Inspektor im Rostocker Hafen. Die Automatisierung der Hafendarbeit verringert diese strategische Macht und Solidarität der Hafendarbeiter und Seeleute. Dennoch: Der ITF Tarifvertrag für Seefahrer ist das Ergebnis eines erfolgreichen Arbeitskampfes im grenzüberschreitenden Raum. Er hat damit Pioniercharakter für die dringend anstehende Transnationalisierung der gewerkschaftlichen Erneuerungsbewegungen insgesamt.



WWW.ROSALUX.DE/NEWS/42341

WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42225

STEFANIE KRON IST REFERENTIN FÜR INTERNATIONALE POLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FLORIAN WILDE IST REFERENT FÜR GEWERKSCHAFTLICHE ERNEUERUNG IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

LINA BÜSSELMANN

SCHACH UND SCHIESSEN

AUSSTELLUNG UND VORTRÄGE ZUM 80. JAHRESTAG DES SPANISCHEN BÜRGERKRIEGS

**Bilder des Schriftstellers Alfred Kantorowicz und der Kriegs-
fotografin Gerda Taro waren im September am Hauptsitz der
Stiftung in Berlin zu sehen.**

Die Ausstellung und Veranstaltungsreihe «Zwischen Grauen und Hoffnung» befassten sich mit dem Spanischen Bürgerkrieg ab 1936. Er war durch einen Putsch des Generals Franco gegen die gewählte Volksfront angezettelt worden. Die Bilder gaben den BesucherInnen einen tiefen Einblick in die Gefechte. Besonders sind die Perspektiven auf die Alltagsszenen innerhalb der Internationalen Brigaden, wie gemeinsames Schachspielen, Schießübungen oder Musizieren. Taro und Kantorowicz machten sich durch ihre moderne Kriegsphotografie einen Namen. Wobei Taro neben ihrem berühmten Fotografen-Freund Robert Capa oft unterging. Taro zeichnete sich durch ihr Engagement und ihre Risikobereitschaft aus. Keine Frau hatte vorher das Kriegsgeschehen aus solcher Nähe dokumentiert. Jedoch kostete ihre Kühnheit ihr das Leben: Bei einem Rückzug vor einem deutschen Bombenangriff überrollte sie ein republikanischer Panzer.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe berichtete die Taro-Biographin Irme Schaber über Taros Leben. Bei der Eröffnungsveranstaltung sprachen Kurator Benedikt Behrens und die Vorsitzende der Stiftung, Dagmar Enkelmann. Der Wissenschaftler Walther L. Berne-

cker sprach über internationale Perspektiven auf den Spanischen Bürgerkrieg. Neben der einmaligen internationalen Solidarität, welche sich durch den gemeinsamen Kampf verschiedener Nationalitäten in Internationalen Brigaden äußerte, ging es bei seinem Vortrag auch um das Nichteinmischen-Komitee. Während Hitler-Deutschland und Italien unter Mussolini trotz der formalen Mitgliedschaft im Nichteinmischen-Komitee Franco militärisch unterstützen, hielten sich Frankreich und Großbritannien gezielt zurück, was Teil der damaligen Appeasement-Politik gegenüber Mussolini und Hitler war.

Zudem fand im Rahmen der Veranstaltungsreihe zum 100. Geburtstag von Peter Weiss eine Veranstaltung zum Spanischen Bürgerkrieg statt, der in Weiss' Hauptwerk Ästhetik des Widerstandes eine wichtige Rolle spielt. Dabei waren der Literaturwissenschaftler Jürgen Schutte, Stefan Nadolny vom Peter-Weiss-Haus aus Rostock, die SchauspielerIn Nina West. Zum Abschluss der Reihe wandten sich die HistorikerInnen Ulrike Capdepón und Alexandre Froidevaux dem Umgang mit dem Spanischen Bürgerkrieg in der BRD, DDR und Spanien zu.

WWW.ROSALUX.DE/DOCUMENTATION/56525

LINA BÜSSELMANN STUDIERT AN DER UNI BIELEFELD UND HAT IM BEREICH POLITISCHE KOMMUNIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG HOSPITIERT

CONNI DOMASCHKE/ANIKA TASCHKE

EINSATZ GEGEN NEONAZIS

JUNGE MENSCHEN AUF DEN SPUREN DES ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDS

**Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Beleidigungen,
Körperverletzung, rechte Schmierereien – Hetze und Übergriffe
gehören in Deutschland zum Alltag.**

Doch es gibt auch viele junge Menschen, die sich dagegen stellen. Diese möchte der Verein «Zivilcourage vereint» mit seinem gleichnamigen Wettbewerb erreichen. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, jungen Menschen für ihren täglichen Einsatz gegen Neonazismus und für Toleranz zu danken. Ob sie Schulprojekttag organisieren, Stolpersteine verlegen oder in Flüchtlingsnetzwerken aktiv sind – alle im Alter zwischen 16 und 26 Jahren können sich bei dem jährlich stattfindenden Wettbewerb mit ihren Projekten bewerben. Die GewinnerInnen gehen auf eine Studienreise auf den Spuren des antifaschistischen Widerstandes in einem europäischen Land. So kamen auf den letzten elf Reisen insgesamt 111 Menschen aus ganz Deutschland zusammen und besuchten neun Länder. Neben Österreich, Belgien, Italien und Frankreich wurde auch der Kampf gegen den Faschismus in Serbien, Slowenien oder Kroatien thematisiert. In diesem Jahr war das Reiseziel Spanien, um an den 80. Jahrestag der Gründung der Internationalen Brigaden zu erinnern. Dabei gab es eine enge Zusammenarbeit mit dem Verein «Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik», der sowohl mit Zivilcourage vereint als auch mit der Stiftung gut vernetzt ist.

Insbesondere die Orte, die im Geschichtsunterricht nicht beleuchtet werden, machen diese Reisen spannend. Zudem werden die Gruppen von ZeitzeugInnen begrüßt, die ihre Geschichten weitergeben. Auch das tagesaktuelle Geschehen ist Thema während der Reisen. Besuche in der Stiftung, Treffen mit jungen AntifaschistInnen oder PolitikerInnen gehören ebenfalls zum Programm. Im Vorfeld jeder Reise gibt es ein Vorbereitungsseminar, bei dem sich die Jugendlichen kennenlernen und Reiseinformationen erhalten.

Die Stiftung unterstützt Zivilcourage vereint seit dem Start des bundesweiten Wettbewerbs. Die Förderung ist zu einem festen Bestandteil des Aufgabengebietes «Historisch-biografisches Lernen» in der Akademie für politische Bildung geworden. Bei LehrerInnenweiterbildungen wird die Möglichkeit, Projektergebnisse bei Zivilcourage vereint einzureichen, immer mitgedacht. Auch PraktikantInnenarbeiten werden so konzipiert, dass sie den Anforderungen für die Teilnahme Rechnung tragen. Im Jahr 2017 fahren die PreisträgerInnen an Stätten des antifaschistischen Widerstandes in der Republik Polen. Die Vorbereitungen dazu sind bereits angelaufen.

WWW.ZIVILCOURAGEVEREINT.DE

CONNI DOMASCHKE IST REFERENTIN FÜR HISTORISCH-BIOGRAPHISCHES LERNEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. ANIKA TASCHKE IST MITARBEITERIN DER LINKEN BUNDESTAGSABGEORDNETEN GESINE LÖTZSCH



Die verwüstete Favela Metrô-Mangureira in der Umgebung des Maracanã-Stadions, wo die Olympischen Spiele 2016 eröffnet wurden. Foto: Lutz Baltar

LAURA BURZYWODA

DRAMATISCHE UMGESTALTUNG

FOTOBUCH ZEIGT DIE FOLGEN VON OLYMPIA IN DEN FAVELAS VON RIO DE JANEIRO

Die Olympischen Sommerspiele 2016 fanden in Rio de Janeiro statt – sie führten zu einer dramatischen Umgestaltung der Stadt, vor allem der ärmeren Viertel. Ein Fotobuch dokumentiert Wandel und Widerstand.

Das Cover des Buches zeigt eine Schwarz-Weiß-Fotografie. Metallstäbe ragen aus den Trümmern, ein Bagger ist dabei, den Schutt auf ein Ladefahrzeug zu kippen. Im Hintergrund stehen noch einige Häuser, eine Frau im Zentrum des Fotos. An den Hauswänden kann man bei genauem Hinsehen lesen: «Somos seres humanos» – «Wir sind Menschen». Das Buch trägt den Namen «Cidade em jogo», auf deutsch etwa «eine Stadt steht auf dem Spiel». Die brasilianische Stadt, um die es geht, war im Sommer 2016 Austragungsort der Olympischen Spiele: Rio de Janeiro. Das Fotobuch lässt ahnen, wie Umsiedlungen ganzer Wohnviertel das Leben Tausender verändert und welchen Einfluss die Militarisierung der Favelas auf den Alltag der Menschen hat. Es zeigt auch, wie die Bevölkerung seit Jahren auf den Straßen Widerstand leistet und Teilhabe einfordert.

Die FotografInnen AF Rodrigues, Elisângela Leite, Kátia Carvalho, Luiz Baltar, Rosilene Miliotti und Thiago Diniz kommen aus Rio und leben zum Teil selbst in den von Zwangsumsiedlungen und Militarisierung betroffenen Stadtvierteln. Sie wurden an der Escola de Fotógrafos Populares ausgebildet, einer Fotografieschule, die sich in der Riesenfavela Maré befindet. Diese Schule hat es sich zum Ziel gesetzt, FotografInnen in der Peripherie auszubilden, damit sie die Geschichte und den Alltag der Favelas von innen heraus darstellen

können. So sollen Vorurteile und Stereotypen bekämpft werden, die die öffentliche Wahrnehmung prägen. Die Fotos erschrecken und berühren zugleich. Sie zeigen, was die Austragung von Sportgroßveranstaltungen für die BewohnerInnen der jeweiligen Städte bedeutet, sie zeigen Auseinandersetzungen um Recht auf Stadt, um Partizipation und um ein menschenwürdiges Leben. Sie dokumentieren beispielsweise den hartnäckigen Widerstand der Vila Autódromo, einer Gemeinschaft im Süden Rio de Janeiros, die den Bauarbeiten für den Olympischen Park weichen musste. Bis zuletzt wehrten sich die BewohnerInnen gegen die Zwangsumsiedlung, lebten monatelang inmitten von Bautrümmern, waren Bedrohungen und gewalttätigen Räumungsversuchen ausgesetzt. Auch nach den Olympischen Spielen hat das Fotobuch nicht an Aktualität verloren. Die Themen sind weiter aktuell: Vielen Betroffene vor Ort sind weiterhin mit den Langzeitfolgen des Megaevents konfrontiert. Diese wahren VerliererInnen der Spiele werden in der öffentlichen Darstellung größtenteils ausgeblendet oder zumindest schnell wieder vergessen. Cidade em jogo versucht, diesem Vergessen entgegenzuwirken. Nach mehreren Buchvorstellungen in Brasilien und im Rheinland wurde der zweisprachige Fotoband im November in Berlin und in Freiburg präsentiert.

[HTTP://ROSALUXSPBA.ORG/DE/RIO-DE-JANEIRO-CIDADE-EM-JOGO-2](http://rosaluxspba.org/de/rio-de-janeiro-cidade-em-jogo-2)

LAURA BURZYWODA STUDIERT AN DER UNI BONN UND WAR PRAKTIKANTIN IM AUSLANDSBÜRO CONO SUR UND BRASILIEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN SÃO PAULO

LINKES PANORAMA

DIE «ROSALUX» VERSTAND SICH ALS SCHAUFENSTER DER STIFTUNGSARBEIT

«Baustelle Linkspartei» lautete das Titelthema der ersten RosaLux im Februar 2007. Auf 32 Seiten ging es aber um mehr als den Fusionsprozess von PDS und WASG zur Partei DIE LINKE.

Unter der redaktionellen Leitung von Murat Çakir, heutiger Leiter des Regionalbüros Hessen in Frankfurt am Main, wurde in der Premierenausgabe die Arbeit der Stiftung aufgefächert. Es ging um die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in Deutschland und das Weltsozialforum in Kenia, um Marx-Lektürekurse in Berlin und die politischen Erfahrungen und Erkenntnisse des Büroleiters in Moskau, um personelle Wechsel im Vorstand der bundesweit tätigen und die Arbeit der seinerzeit im Aufbau befindlichen nordrhein-westfälischen (Landes-)Stiftung.

Diesem Ansatz ist die RosaLux treu geblieben. Das Journal verstand sich als «Schaufenster» der Stiftungsarbeit: Wer hineinblickte, sollte die Vielfalt und Originalität linken Denkens und Handelns kennenlernen können – verfasst möglichst in einer leicht verständlichen Sprache, mit so wenig Selbstbezüglichkeit wie möglich, stets eher auf der Suche befindlich als gewappnet mit Gewissheiten. Aus einem gut zehnköpfigen Redaktionsrat heraus entstanden insgesamt 30 Ausgaben, einschließlich einer Sondernummer zum 20. Geburtstag der Stiftung im Jahr 2010. Die Titelthemen orientierten sich an Arbeitsschwerpunkten ebenso wie an tagesaktuellen Fragen. Texte und Fotos steuerten Mitarbeitende der Zentrale, aus den Bundesländern und den Auslandsbüros bei, ebenso wie AutorInnen aus dem Umfeld. Mit dem vorliegenden Heft endet die Geschichte der RosaLux. Inhaltlich schließt sich ein Kreis zur ersten Ausgabe von 2007, ließe sich der aktuelle Titel aus linker Sicht doch auch als «Baustelle Regierungsbeteiligung» interpretieren. *Henning Heine*

DIE ROSALUX sagt «Tschüss» und bedankt sich bei ihrer Leserschaft für das kritische Interesse sowie bei allen Mitwirkenden an den Ausgaben seit 2007. Ein besonderer Dank für die Arbeit im Redaktionsrat, bei Layout und Vertrieb geht an: Harry Adler, Jan-Ole Arps, Cengiz Barskanmaz, Martin Beck, Moritz Blanke, Christine Bölian, Andreas Bohne, Lutz Brangsch, Friedrich Burschel, Murat Çakir, Mario Candeias, Dieter Feseke, Erwin Heil, Henning Heine, Markus Heinz, Horst Helas, Ramona Hering, Bernd Hüttnner, Julia Killet, Lutz Kirschner, Julia Kohlmann, Andreas Koob, Axel Krumrey, Steffen Kühne, Aleksandra Kulesza, Christoph Lammers, Ann-Katrin Lebuhn, Karin Malingri- aux, Rahel Melis, Sabine Nuss, Viktoria Osterman, Peter Ostholt, Stephanie Ott, Yannick Passeick, Dorit Riethmüller, Rainer Rilling, Dagmar Rubisch, Heike Schmelter, Marion Schütrumpf, Juliane Schumacher, Patrick Stary, Tom Strohschneider, Sandra Thieme, Stefan Thimmel, Silke Veth, Wieland Weber, Florian Weis, Therese Wenzel und Verona Wunderlich. Siehe auch die Info auf Seite 3.



Die plurale Linke
in Bewegung



Marcus Hawel
Stefan Kalmring (Hrsg.)

**WIE LERNT
DAS LINKE MOSAIK?
DIE PLURALE LINKE
IN BEWEGUNG**

EINE VERÖFFENTLICHUNG
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
296 SEITEN, 16,80 EURO
ISBN 978-3-89965-647-3
VSA:VERLAG, HAMBURG 2016

LUTZ BRANGSCH

HYBRIDE LERNRÄUME

SAMMELBAND GEHT DER FRAGE NACH, WIE PRODUKTIONS-
BEDINGUNGEN DES WISSENS HEUTE BESCHAFFEN SIND

Aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung liegt zum politischen Lernen bereits eine ganze Reihe von Beiträgen in verschiedenen Sammelbänden vor, genauso wie als methodische Materialien in Form von Bildungsheften.

Es ist verdienstvoll, dass die Herausgeber Marcus Hawel und Stefan Kalmring uns nun unter dem Titel «Wie lernt das linke Mosaik?» an den Diskussionen zur politischen Bildung als konstituierendes Moment für soziale Bewegungen in Buchform teilhaben lassen. Wie kompliziert es ist, einen Zugang zu der scheinbar simplen Frage nach dem «Wie» des Lernens des «linken Mosaiks» zu gewinnen, zeigen die Herausgeber bereits im Vorwort. Ein Bild konstituiert noch keine Bewegung – und die Diskussion über das Bild nur unter bestimmten Bedingungen. Der Mosaik-Diskurs neige dazu, «sich methodisch und begrifflich von möglichen Veränderungssubjekten abzusondern, indem er die Form bürgerlicher Wissenschaft übernimmt.» Damit ist die Dimension der Fragestellung des Bandes deutlich gemacht – politisches Lernen im Mosaik kann nicht einfach nur als Vermittlung oder Austausch eines bestimmten Wissensbestandes im Mosaik und zwischen seinen Steinchen betrachtet werden. Die Frage nach der Produktion des Wissens wird selbst zu einem immanenten Bestandteil der Lern- und Bildungsprozesse. Es sei angemerkt, dass das Problem dabei nicht nur das «Ableiten in Formen bürgerlicher Wissenschaft» ist, sondern auch die Wiederbelebung von Vorstellungen, dass politische Bildung «das richtige Wissen in die Köpfe» bringen müsse.

Am Beginn einer Diskussion über das Lernen steht vor allem die Frage, unter welchen Bedingungen eigentlich wer lernt. Dem sind die meisten der Beiträge gewidmet. Aus unterschiedlichen Traditionen heraus wird das Verbindende im Mosaik gesucht. Dies wird in drei Komplexen getan: Die Entstehung des linken Mosaiks wird als Lernprozess untersucht; dann werden die Suchbewegungen zu einer «Gegenhegemonie ohne Autorität und Zentrum» in den Blick genommen und abschließend die «hybriden Lernräume» als «Keimformen einer verändernden Praxis» diskutiert. Während

der erste und der dritte Teil vor allem die Bedingungen des Lernens zum Gegenstand haben, widmet sich der Mittelteil vorrangig den Subjekten der Lernprozesse.

Es sind vor allem zwei Aspekte, die sich durch alle diese Teile ziehen. Erstens wird eine unmittelbare Verbindung von Lernen und Organisationsfrage sowohl aus historischer wie auch ganz aktueller Sicht hergestellt. Kalmring spricht von «Organisationsprozessen auf des Messers Schneide» – eine recht gute Charakteristik des Widerspruchs zwischen kollektiver Handlungsfähigkeit und Vielfalt in einem Mosaik. Hawel und Kellermann nehmen mit ihren verschiedenen Bezügen auf die Traditionen und Konflikte verschiedener Strömungen in der Arbeiterbewegung den historischen Faden auf. Hudis betont in seinem Beitrag anknüpfend an Luxemburg das Verhältnis von Ziel und Mittel. Kriditis, Kron, Taha und Blank schließlich untersuchen die Bewegungen «auf des Messers Schneide» anhand aktueller sozialer Auseinandersetzungen. Zweitens geht es durchgängig um die Veränderung der Subjekte als Bedingung und Resultat von Lernprozessen. Hawel betrachtet Intellektuelle und Proletariat genauer, Vester gibt eine Übersicht über die «Differenzierungen der alten und neuen sozialen Bewegungen und Milieus.» Meißner, Süß und Schlemmermeyer diskutieren die Schwierigkeiten der Handelnden, sich unter den heutigen Bedingungen als solidarische Subjekte zu konstituieren. Im abschließenden Beitrag des Bandes stellt Höhner ausgehend von Erfahrungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung den LeserInnen eine Möglichkeit vor, wie politische Bildung die Lern- und Organisationsprozesse in einem Mosaik unterstützen könnte. Durch diesen Bogen gelingt es den Herausgebern, der von ihnen einleitend konstatierten Gefahr einer Akademisierung zu entgegen. Allerdings muss auch gesagt werden, dass die einzelnen Beiträge den LeserInnen durchaus Ausdauer beim Lesen wissenschaftlicher Texte abverlangen. Dessen ungeachtet hat das Buch das Zeug, Ausgangspunkt für weitere Debatten zu werden.

**LUTZ BRANGSCH IST REFERENT FÜR
TRANSFORMATION DES STAATES IN DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

**«Von Reparaturmaßnahmen bei sozialer
Sicherheit und Infrastruktur, über das
Projekt Bürgerversicherung bis hin zu
gestaltenden Regelungen bei Mobilität,
Wohnungsbau und Transparenz
erscheint vieles bei SPD, Linkspartei
und Grünen tatsächlich kompatibel.
Das eigentliche Problem liegt aber auf
einer grundlegenderen Ebene:
Wie finanziert das Öffentliche sich
und damit die Spielräume für solche
Umgestaltung? Eine echte verteilungs-
politische Wende gehört derzeit nicht
zu den «Schnittmengen» im im rot-rot-
grünen Lager.»**

TOM STROHSCHNEIDER